

GEFLÜCHTETE WILLKOMMEN HEIßEN

Erfahrungen, Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe ehrenamtlicher
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ländlichen Raum



Inhalt

Einführung	3
Grußworte	
Dr. Heiko Geue	4
Christoph Charlier	6
Artikel	
Schweigen wirkt wie Zustimmung	8
Praxisbeispiele	
Altenbeken: Ort der offenen Tür	11
Boostedt: Ein kräftezehrender Spagat	14
Schwichtenberg: Endlich brennt Licht	18
Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe	
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	21
Service-Teil	
Landes-Demokratiezentren	26
Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt	28
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus	30
Material- und Literaturhinweise	34
Impressum	35

Geflüchtete Willkommen heißen

Erfahrungen, Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe ehrenamtlicher
Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im ländlichen Raum

Rechtsextreme Anfeindungen machen auch vor politisch gewählten Mandatstragenden nicht Halt. Das zeigte sich vielerorts, darunter in Tröglitz, Kittlitz oder Heidenau. Immer wieder werden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister angefeindet und bedroht, weil sie sich für Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit und Gewalt engagieren.

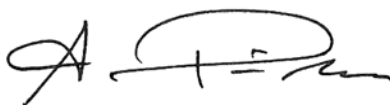
Gerade im ländlichen Raum sind kommunale Mandatstragende entscheidende Bollwerke der Demokratie. Auf die eigene, manchmal schwierige Situation aufmerksam zu machen oder um Unterstützung zu bitten ist nicht immer einfach. Dafür kann aber bereits der gegenseitige Erfahrungsaustausch ein hilfreicher Baustein sein.

Eine solche Gelegenheit bot das BBE mit einer Fachwerkstatt im Juli 2015, die 17 ehren- und hauptamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ländlichen Regionen 9 verschiedener Bundesländer mit regem Engagement nutzten.

Auch wenn die Situation vor Ort immer einzigartig ist, ähneln sich die Herausforderungen doch stark und erfordern von den Verantwortlichen die Erschließung völlig neuer, hochkomplexer Aufgabenfelder. Wie die in der vorliegenden Publikation

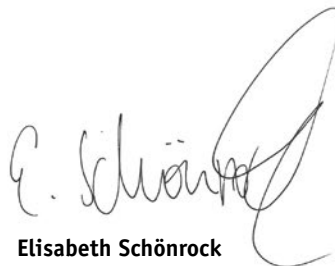
dokumentierten Praxisbeispiele und -erfahrungen zeigen, geschieht das bereits mit beeindruckender Kreativität, mit Mut, Energie und klarer Haltung. Dennoch können die Herausforderungen die eigene Kraft auch übersteigen.

Da ist es gut, Rat und Unterstützung von Außen einholen zu können. Im hinteren Bereich der Broschüre findet sich ein Service-Teil, der neben zahlreichen Literaturhinweisen eine Übersicht über Beratungsstrukturen bereithält. Auch dank einiger Landes- und Bundesprogramme konnte in den vergangenen Jahr(zehnt)en eine mittlerweile stabile Unterstützungsstruktur in den Ländern aufgebaut werden. In ihrer Kombination aus Erfahrungswissen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie dem Service-Teil richtet sich die vorliegende Dokumentation vor allem an Akteure der Lokalpolitik in ländlichen Regionen, die gegen Rechtsextremismus aktiv werden wollen. Sie möchte Mut machen, die bestehenden Herausforderungen wahrzunehmen und anzupacken – und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft eine lebendige und demokratische Kultur vor Ort zu gestalten.



Andreas Pautzke

Projektleitung „Demokratiestärkung
im ländlichen Raum“



Elisabeth Schönrock

Referentin „Demokratiestärkung
im ländlichen Raum“

Grußwort Dr. Heiko Geue vom 10. Juli 2015



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Flüchtlingshilfe ist ein Gebot der Menschlichkeit. Das sollten gerade wir Deutschen mit unserer Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts genau wissen. Leider haben viele aus der Geschichte nicht gelernt: Asylbewerberunterkünfte werden in Brand gesetzt, Feindseligkeiten bis zum Hass gegen Menschen, die um Asyl bitten, werden schamlos und hemmungslos in den Social Media verbreitet. Richtig ist, dass Europa und damit auch Deutschland vor einer großen Herausforderung stehen. Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat darauf hingewiesen,

dass die Bewältigung des Flüchtlingsproblems eine „nationale Aufgabe ist, die jeden angeht“ und die längere Zeit erfordern wird.

Mit großer Sorge sehen wir, wie diffuse Ängste vor einer vermeintlichen „Überfremdung“ von rechtspopulistischen und rechtsextremen Gruppierungen bewusst instrumentalisiert werden. Statt Mitgefühl und Hilfsbereitschaft wird Hass gesät, um unsere Demokratie zu erschüttern. Viele Flüchtlinge haben auf ihrem Weg nach Europa Schreckliches durchgemacht. Sie

suchen Schutz vor Verfolgung und Vertreibung. Deshalb müssen wir ihnen Schutz vor Verfolgung und Vertreibung gewährleisten. Das sehen auch die meisten Menschen in Deutschland so. Die Hilfsbereitschaft und das Engagement sehr vieler Menschen in Deutschland ist eine großartige Erfahrung, die mich stolz auf unser Land macht. Wir brauchen eine Kultur des Willkommens, die von vielen unterstützt und langfristig getragen wird. Hierfür macht sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) stark.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung vom 10. Juli 2015 standen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die vielfach ehrenamtlich ihren Dienst zum Wohle der Gemeinde ausüben und sich dabei Anfeindungen durch Rechtsextremisten und Rechtspopulisten ausgesetzt sehen. Es war uns wichtig, von ihren Erfahrungen und ihren Einschätzungen zu lernen und zu hören, welche Strategien im Umgang mit rechtspopulistischen und mit rechtsextremistischen Protesten gegen Flüchtlinge sinnvoll erscheinen.

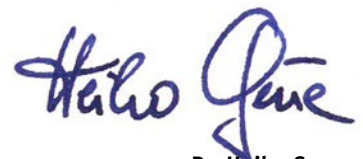
Mit dem Anfang Januar 2015 gestarteten Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ fördert das BMFSFJ mit rund 40 Mio. Euro jedes Jahr ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf kommunaler, regionaler, auf Landes- und auf Bundesebene. Wir unterstützen Vereine, Projekte und Initiativen, die gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit, gegen Gewalt, Hass und Radikalisierung arbeiten.

Die meisten der von uns geförderten lokalen „Partnerschaften für Demokratie“ (immerhin über 200 in ganz Deutschland) haben bereits angekündigt, Strategien zur Verbesserung der Integration von Flüchtlingen vor Ort entwickeln zu wollen. Es gibt viele Ideen zur Stärkung der Willkommenskultur in den Partnerschaften für Demokratie: Zum einen gibt es vielfältige Unterstützungsangebote, z.B. bei der Wohnungssuche und –einrichtung. Zum anderen werden viele Ideen entwickelt, wie das Kennenlernen, der Austausch und letztlich

die Integration zwischen Asylsuchenden und Einwohnern gestärkt werden können. Eine Normalisierung des Alltags soll dazu beitragen, dass Flüchtlingskinder Freunde zu sich einladen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sprachförderung, Sportangebote, Elternbegleitung, kulturelles Miteinander zum Beispiel in Form von Musikveranstaltungen sind weitere Projektideen.

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ fördern wir darüber hinaus in den Bundesländern die Demokratiezentren, um vor allem die Beratung für Betroffene von radikaler Gewalt flächendeckend sicherstellen zu können. Alle 16 Bundesländer haben eine Landeskoordinierungsstelle eingerichtet, die Informationen zur Beratung im jeweiligen Land bündelt. Die Mobile Beratung als Gemeinwesenberatung leistet Unterstützung in krisenhaften Situationen vor Ort, bei denen Betroffene, aber auch staatliche Akteure auf fachlichen Beistand zurückgreifen können. Im Rahmen der Opferberatung werden Betroffene rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Vorfälle zur Bewältigung der materiellen und immateriellen Folgen solcher Taten unterstützt. Der Vollständigkeit halber: Die Distanzierungs- und Ausstiegsberatung wendet sich an Personen, die sich aus dem Einflussbereich demokratiefeindlicher Gruppierungen lösen wollen. Auch Angehörige von Ausstiegswilligen können das Beratungsangebot nutzen.

Die in der spannenden Veranstaltung vom 10. Juli 2015 ausgetauschten Erfahrungen und Anregungen sind für die Weiterentwicklung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ äußerst wertvoll und werden darin einfließen. Sehr deutlich wurde, wie wichtig es ist, dass die Bürger vor Ort sich nicht verängstigen und einschüchtern lassen, sondern aufrecht mit Anstand stehen und die nationale Aufgabe der Integration der Menschen annehmen, die vor Krieg, Verfolgung und Armut zu uns geflohen sind. Der Blick auf die vielen anständigen Menschen in Deutschland, auf diese täglich gelebte Mitmenschlichkeit, macht Hoffnung für die Bewältigung aller Herausforderungen, die auf unser Land zukommen.



Dr. Heiko Geue

Abteilungsleiter Zentralabteilung
und Engagementpolitik
Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend

Grußwort Christoph Charlier

vom
10. Juli
2015



I Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements spielt in Rheinland-Pfalz eine große Rolle. Durch die Einrichtung der Leitstelle „Ehrenamt und Bürgerbeteiligung“ im Jahr 2006 in der Staatskanzlei wurde der besondere Stellenwert dieses Politikbereichs manifestiert.

Rheinland-Pfalz hat ein enges und partnerschaftliches Verhältnis zum Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Das Land gehört zu den Gründungsmitgliedern. Es engagiert sich in den Arbeitsgruppen und Gremien des

BBE und organisiert in gemeinsamen Veranstaltungen den fachlichen Diskurs zu wichtigen Themen wie heute. Das Bundesnetzwerk ist für uns eine wichtige Plattform der Beratung, des Austauschs und der Strategieentwicklung. Es ist das Kompetenzzentrum in den Fragen der Engagementförderung. Wir investieren in dieses Netzwerk und wir profitieren davon.

II Die heutige Fachwerkstatt „Ziviles Bürgerengagement im ländlichen Raum“ dient einem ersten Austausch und der Vernetzung. Da mag es für Sie von Nutzen sein, wenn ich

kurz über einige Ansätze und Erfahrungen zur Förderung von lokalen Infrastrukturen der Engagementförderung in Rheinland-Pfalz berichte.

Einen besonderen Stellenwert als lokale Infrastrukturen der Engagementförderung kommen den Freiwilligenagenturen zu. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, Menschen zu beraten, die sich engagieren möchten und diese an passende Vereine oder Einrichtungen zu vermitteln.

Deutschlandweit existieren derzeit 667 Freiwilligenagenturen (Quelle: Generali Engagementatlas 2015). In Rheinland-Pfalz gibt es aktuell 28 uns bekannte Ehrenamtsbörsen. Die Leitstelle „Ehrenamt und Bürgerbeteiligung“ berät und unterstützt diese Initiativen beim Aufbau und in ihrer Arbeit. Dafür steht uns ein Fördervolumen von 80.000 Euro jährlich zur Verfügung.

Ich will ein weiteres Beispiel der Engagementförderung nennen, das ein inhaltliches Thema aufgreift. Seit 2009 gibt es die Studientage „Rechtsextremismus im Alltag – Subkulturen und ihre Wirkung auf Jugendliche“. Sie richten sich an Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klassen an allgemein- und berufsbildenden Schulen. In Workshops und Arbeitsgruppen setzen sich die Schüler mit Themen wie rechtsextremer Musik, „Rechtsextremismus im Internet“ oder „Rechtsextremismus und Gewalt“ auseinander. Um die Nachhaltigkeit dieser Informationsveranstaltungen zu nutzen, werden im Anschluss an einen Studientag weitere Maßnahmen mit den beteiligten Schulen vereinbart. Jährlich finden bis zu 10 Seminare mit jeweils rund 130 Schülern statt.

Als drittes Beispiel will ich die „Demokratietage“ nennen. Demokratietage finden seit 2006 in Rheinland-Pfalz an wechselnden Schulen unter jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten statt. Sie sind ein wichtiges Instrument zum frühen Demokratielernen. Der Demokratie-Tag 2013 wurde erstmals als „Messe für Kinder- und Jugendbeteiligung“ mit Unterstützung des ZDF durchgeführt. Er stand unter dem Motto „Einmischen und mitgestalten“. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat als Schirmherrin den Tag

eröffnet und alle Messestände besucht. Mit dem 10. Demokratietag werden wir in diesem Jahr ein kleines Jubiläum begehen. Er findet am 2. Oktober als Demokratiefest auf dem Hambacher Schloss, der Wiege der Demokratie, in Deutschland statt.

III. Im Mai diesen Jahres verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf ein geplantes Flüchtlingsheim in Limburgerhof. Es war nicht der erste derartige Anschlag und wird – das ist leider harte Realität – nicht der letzte bleiben. Der Bürgermeister der Gemeinde ist hier. Wenn ich das Programm richtig lese und insbesondere einen Blick auf die eingeladenen Referentinnen und Referenten richte, wird das Thema Flüchtlinge und Migranten diese Tagung prominent beschäftigen.

Die Fraktionen im Landtag Rheinland-Pfalz haben den Anschlag vom Limburgerhof in einer gemeinsamen Resolution verurteilt. Bei einer Landeskonferenz am 17. Juli werden Ministerpräsidentin Dreyer und der Mainzer Kardinal Lehmann die Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen unterstreichen. Es wird aber auch darum gehen, wie angesichts einer nie da gewesenen Rekordzahl an Flüchtlingen eine gute Praxis der Flüchtlingsaufnahme gelingen kann. Und dann wird und muss sich der Blick auf die Zivilgesellschaft richten.

Es stellen sich dabei die gleichen Fragen wie immer, wenn Zivilgesellschaft und politisches System kooperieren sollen. Wie kann das Zusammenwirken zwischen Zivilgesellschaft und politischen System verbessert oder überhaupt erst hergestellt werden?

Nach meiner Überzeugung müssen wir bei der Frage der Kooperation zwischen politischem System und Zivilgesellschaft von einer stärkeren Vielfalt der Demokratie ausgehen. Die Gegenüberstellung von repräsentativer und direkter Demokratie ist längst obsolet. Im wechselseitigen Zusammenspiel können sie sich gegenseitig verstärken.

Aber auch ehrenamtliches Engagement kann unser politisches System vitalisieren. Dabei ist unbedingt zu beachten: Die

Freiwilligkeit ist und bleibt das entscheidende Element dieses Tuns. Jede Form von Indienstnahme oder Verpflichtung verändert seinen Charakter. Bürgerschaftliches Engagement folgt dem Eigensinn der Menschen. Nur wenn das beachtet wird, kann es seine besonderen Gestaltungskräfte entfalten. Solches Engagement hat eine eigene Qualität. Es erbringt Leistungen, die kein noch so gut ausgestatteter Sozialstaat erbringen kann.

IV. Ich glaube allerdings auch, dass es keine Patentrezepte für dieses Miteinander gibt. Mit jedem Anlauf, wird ein Stück Neuland betreten. Deshalb will ich abschließend ein persönliches Beispiel nennen. Im Ehrenamt bin ich Vorsitzender des Willy Brandt-Forums in Unkel. In der kleinen Stadt am Rhein hat Willy Brandt die letzten 13 Jahre seines Lebens verbracht. Brandt war selbst Flüchtling und hat ein Jahrzehnt seines Lebens im Exil verbracht. Ebenfalls in Unkel wohnt Heinrich Geuther, ein Menschenrechtsaktivist, der Guinea, Liberia und Sierra Leone besucht hat, Länder, aus denen es praktisch keine Berichterstattung gibt. Wir haben uns vorgenommen, das Thema Flucht, Vertreibung, Menschenrechte, Entwicklung im nächsten Jahr stärker in das Bewußtsein zu heben. Auch darin sehe ich einen Aspekt unseres Themas Entwicklung von zivilem Bürgerengagement im ländlichen Raum. Mal sehen, was wir auf die Beine stellen können.



Christoph Charlier

Leiter der Abteilung Regierungsplanung,
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Schweigen wirkt wie Zustimmung



Markus Nierth beim Podiumsgespräch

Wenn in einem Ort Menschenverachtung oder rechte Gewalt ausbrechen, setzen üblicherweise Reflexe ein: Bürgermeister fürchten Rufschädigung und die Bürger zeigen Haltung – oder auch nicht. Markus Nierth und Peter Kern haben in Ost und West auf beängstigende Weise rechten Hass, Straftaten und ganz unterschiedliche Reaktionen darauf erlebt. Von ihren Erfahrungen können Bürger und Bürgermeister gleichermaßen lernen. – Von Michael Kraske

Zwei Orte. Tatorte genauer gesagt. Tröglitz und Limburgerhof. Ost und West. Der eine liegt in Sachsen-Anhalt, der andere in Rheinland-Pfalz. Beide Orte erlangten traurige Bekanntheit, weil dort Brandanschläge auf künftige Flüchtlingsunterkünfte verübt wurden. In beiden Fällen war den Taten aggressiver Protest gegen Flüchtlinge vorausgegangen. Tröglitz wurde gar zum Synonym für die Kapitulation eines demokratischen Repräsentanten vor

Rechtsextremisten. Als NPD-Kader Proteste vor dem Wohnhaus von Ortsbürgermeister Markus Nierth organisierten, trat dieser aus Angst um seine Familie von seinem Amt zurück und prangerte danach öffentlich mangelnde Unterstützung seitens der zuständigen Politiker an.

Bürgermeisterkollege Peter Kern bekam es in Limburgerhof ebenfalls mit organisierten Rechtsextremisten zu tun: Die rechtsextremistische Partei „III. Weg“,

die öffentlich mit aggressiven Forderungen nach einem „Deutschen Sozialismus“ und „deutschen Kindern“ gegen einen vermeintlich „drohenden Volkstod“ agitiert, tarnte ihre Hetze gegen Flüchtlinge als Bürgerprotest. Warum ist es nun in Limburgerhof gelungen, demokratisch gesinnte Bürger zu mobilisieren, während die Mehrheit in Tröglitz den rechtsradikalen Umtrieben passiv zusah? Was kann eine Kommune tun, wenn menschenverachtender Hass in Gewalt umzuschlagen droht? Und was passiert, wenn sich die Mehrheit der Bürger nicht gegen fremdenfeindliche Hetze und Drohungen gegen Politiker positioniert? Von den Erfahrungen, über die Markus Nierth und Peter Klein auf dem Podium berichten, können Bürgermeister in ganz Deutschland lernen.

Den Prolog zu den Ereignissen, die Tröglitz schlagartig in den Fokus der deutschen Öffentlichkeit stellten, beschreibt Markus Nierth so: „Die Protestierer waren am Anfang besorgte Mütter, eher aus dem unteren Bildungsniveau. Die haben sich schnell zusammengeschlossen mit Kraftwagenfahrern aus dem Ort.“ An diese Proteste habe sich ein NPD-Politiker drangehängt und diese fortan organisiert. Während bei der ersten Versammlung gegen die Aufnahme von Flüchtlinge noch 90 Tröglitzer dagewesen seien, hätten sich fortan immer weniger Einheimische daran beteiligt, dafür aber zunehmend Rechte von außerhalb. An einem Stand habe Nierth Informationen zur Flüchtlingspolitik angeboten und seine Position klar gemacht: „Demonstrieren ist okay, aber ohne NPD.“ Dadurch habe er die Mehrheit der Bevölkerung von der nächsten Demo fernhalten können. Gleichwohl schwoll der Protest der organisierten Rechtsextremisten weiter an und richtete sich immer stärker gegen seine Person, so dass sich Nierth zum Rücktritt gezwungen sah.

Neonazis, die Politiker und Journalisten einschüchtern und bedrohen: Tröglitz ist kein Einzelfall, wurde aber zum Synonym für eine beunruhigende gesellschaftliche Entwicklung, die medial lange unterbelichtet blieb. Zur Vorgeschichte gehört aber auch, was Markus Nierth im Informations- und Heimatblatt Elsterau in einem Brief an die Bürger schrieb, nachdem die Gemeinde im Dezember 2014 erfahren

hatte, dass sie 60 Flüchtlinge aufnehmen muss. Zwar appelliert Nierth in dem Schreiben an seine Mitbürger, den Flüchtlingen eine Chance zu geben, aber er formuliert auch drastische Ängste: „Eine der Stimmen in uns sagt: wir möchten eigentlich keine Asylanten hier in Tröglitz haben, weil wir die bisherige soziale Struktur schon durch einheimische Kriminelle und sich unsozial benehmende Menschen genügend überanstrengt sehen.“

Was als Versuch gedacht war, möglichen Ängsten der BewohnerInnen durch Aussprache die Kraft zu nehmen und

„Wenn sich Menschen engagieren, wenn sie merken, dass sie mit ihrer eigenen Engagementpower was verändern können und es dann auch besser wird, dann ist das die beste Prävention.“

gleichzeitig zu Offenheit aufzurufen, war insofern missverständlich, als dass rassistische Stereotype, Abwertungen und Stigmatisierungen von Menschen nicht weniger drastisch sind, wenn sie von einem Bürger aus der Mittelschicht geäußert werden. Wer Vorurteile bedient, läuft Gefahr, sie entgegen der eigenen Intention zusätzlich anzufachen. Dass Nierth dennoch eine eindeutige Haltung verkörperte, zeigte auch die landesweite Anerkennung, die sein Engagement fand. Er stellte sich den NPD-gesteuerten Aktionen öffentlich entgegen und warb – zumeist vergeblich – um Unterstützung für seinen demokratischen Widerstand.

Sowohl in Tröglitz als auch in Limburgerhof blieb es nicht bei Protesten gegen die jeweiligen Asylunterkünfte. In beiden Orten gab es Brandanschläge auf die noch unbewohnten Einrichtungen, die Täter bleiben vorerst unerkannt. Die Reaktionen auf diese Straftaten fielen jedoch höchst unterschiedlich aus. Bürgermeister Peter

Kern sah sein Limburgerhof fortan gebrandmarkt, das riesige Medienecho überraschte ihn. Kern erfuhr aber auch umgehend symbolträchtige Unterstützung. „Am nächsten Morgen war sofort Ministerpräsidentin Malu Dreyer da und auch Julia Klöckner und Ministerin Alt.“ Prominente Landes- und sogar Bundespolitiker behandelten den Brandanschlag als Chefsache und signalisierten damit: Dieser Anschlag wird nicht hingegenommen, sondern als Angriff auf das demokratische Gemeinwesen geahndet.

Nach den Anti-Asyl-Kundgebungen des „III. Weges“ organisierten Ehren-

amtliche in Limburgerhof einen Asylkreis. „Das machen die sehr gut. Das sind Leute von der BASF, auch führende, die Organisationsmanagement können“, so Kern, „darüber kann ich als Bürgermeister sehr froh sein.“ Bis dahin sei das ehrenamtliche Engagement im Ort vor allem von der Arbeiterschaft getragen worden. Nunmehr engagierten sich auch jene Bürger, die vorher lediglich vereinzelte Charity-Aktionen betrieben hätten, wenn sie etwa Geld für einen Kindergarten sammelten. Der Brandanschlag und die damit verbundene mediale Skandalisierung führten in Limburgerhof also nicht einfach dazu, die Stigmatisierung des Ortes als rechten Brandherd reflexhaft zurück zu weisen wie so oft, sondern im Gegenteil zu mehr demokratischem Engagement.



In Limburgerhof erwies sich die Eskalation als heilsamer Schock. Ganz anders in Tröglitz. Da schwoll der fremdenfeindliche Protest gegen Flüchtlinge, gesteuert von der NPD, über einen langen Zeitraum an, ohne dass sich im Ort und darüber hinaus nennenswerter Widerstand regte. Markus Nierth beklagt, der zuständige Bürgermeister der Gemeinde habe sich „über die gesamten Monate komplett weggeduckt. Es gab keinen Widerstand.“ Bürgerschaftliches Engagement gebe es schon deshalb nicht, weil es in der proletarisch geprägten Region keine Bürgerschaft gebe. Er habe sich gewünscht, dass einige Mutige vorangehen, um die „schweigende breite Mitte“ zu aktivieren: „Erstens gibt es einen Ruf zu verlieren, zweitens ist es ein Gebot der Mitmenschlichkeit und Christlichkeit, wenn man sich schon auf die Rettung des christlichen Abendlandes berufen möchte.“

Während Nierth versuchte, die Öffentlichkeit über die Medien aufzurütteln, hätten sich auch die Parteien weggeduckt. Bei seinen Mitbürgern habe er fortan als Nestbeschmutzer gegolten, weil er nach außen trug, wie sich Tröglitz radikalisierte und die organisierte Fremdenfeindlichkeit öffentlich machte. Nach seinem Rücktritt sei es sogar noch schlimmer geworden: „Ich wollte eigentlich verhindern, dass die Rechten mitbekommen, wo ich wohne, nun wissen es alle. Dann kamen die eigentlichen Morddrohungen, die Fäkalbriefe. Zum Teil hat das die Bevölkerung mitbekommen, aber sie hat sich jetzt gegen meine Familie und mich gestellt.“ Doch Markus Nierth duckte sich nicht weg. Nach dem Brandanschlag rief er zusammen mit der Bürgerinitiative „Miteinander – Füreinander“ zu einer Demonstration auf, der sich 300 Tröglitzer anschlossen. Auf der Demo fand der zurückgetretene Ortsbürgermeister deutliche Worte, als er dazu aufrief, den Ort nicht den „Braunen“ zu überlassen. Er selbst bot an, zwei private Wohnungen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Er zeigte also nicht nur Haltung, sondern ging mit gutem Beispiel voran.

Was Markus Nierth und Peter Kern auf dem Podium erzählen, macht deutlich: Der Versuch, rechtsradikale Umtriebe aus Sorge um den guten Ruf vertuschen zu wollen, verschärft nur die Probleme. Wenn in einer Gemeinde hingegen relevante

gesellschaftliche Akteure dagegen halten, lässt sich die Hoheit über das politische Klima zurückerobert. „Wenn ein Ortsbürgermeister mit seiner Familie alleine steht, hat er keine Chance“, analysiert Heiko Geue vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. „Unterstützung seitens der Landesregierung, der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft sind das A und O.“ Rechtsextremisten und Rechtspopulisten sind immer da stark, wo demokratische Strukturen und Haltungen schwach sind. Deren Agitation sei heutzutage sehr viel geschmeidiger und intelligenter als in der Vergangenheit, so Geue. Sie gäben sich sozial engagiert und fänden zum Beispiel mit ihrer Kapitalismuskritik durchaus Anknüpfungspunkte im bürgerlichen Milieu. Das erkläre, warum bürgerliche Abwehrreaktionen gegen Rechtsextremisten und ihre Aktionen nicht mehr automatisch erfolgten.

Umso wichtiger ist es, auch in kleinen Orten demokratische Strukturen zu stärken und Engagierte zu vernetzen. „Vereine wie zum Beispiel der örtliche Schützenverein sind Meinungsbildner mit großer Bedeutung für die Dorfkultur“, sagt Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. „Wenn sich Menschen engagieren, wenn sie merken, dass sie mit ihrer eigenen Engagementpower was verändern können und es dann auch besser wird, dann ist das die beste Prävention.“

Diese demokratische Kultur muss gleichwohl von Polizei und Staatsanwaltschaft konsequent geschützt werden. Das geschieht längst nicht immer und überall. Diese Erfahrung hat Peter Masloch gemacht. Der Westfale, der seit sieben Jahren Ortsvorsteher in einer kleinen Gemeinde im Nordwesten Brandenburgs ist, musste erfahren, dass man Schutz- und hilflos dasteht, wenn man ins Visier rechter Gewalttäter gerät: „Ich habe vor dreieinhalb Jahren einen Brandanschlag auf mein Haus erlebt, ziemlich brutal und direkt. Ich habe keinerlei Unterstützung bekommen, keinerlei Rücklauf und Informationen.“ Masloch fühlt sich von Polizei und Verfassungsschutz nicht ausreichend geschützt. Derweil organisierten die rechtsextremen „Kameraden“ weiter ihre Netzwerke, so der Kommunalpolitiker.

Der Ortsvorsteher warnt vor einer gefährlichen gesellschaftlichen Radikalisierung und appelliert eindringlich an Strafverfolgungsbehörden und Justiz: „Die Wahrung des Gewaltmonopols durch den Staat und dessen Kontrolle durch das Recht sind die Grundlagen für eine funktionierende Demokratie.“ Damit spricht er vielen im Land, die sich Rechtsradikalen entgegenstellen und deshalb bedroht oder angegriffen werden, aus der Seele. Überall im Land gibt es solche Einzelkämpfer, die es schwer haben und allein gelassen werden. Vielerorts gibt es jedoch auch Initiativen, die zeigen, wie es gehen kann. Wie etwa im kleinen Ratzeburg in Schleswig-Holstein. Im dortigen Bündnis organisieren sich sowohl Vertreter der Stadt, als auch Unternehmer, Kirchen, Vereine und Bürger. Die Vernetzung der Akteure schafft ein Frühwarnsystem, das zum Beispiel funktioniert, wenn Rechtsextremisten in der Region versuchen, Vereine zu unterwandern. Aber den Engagierten geht es nicht vorrangig darum, gegen etwas zu sein, sondern das kulturelle Leben der Stadt mit politischer Bildung zu bereichern. Das Bündnis organisiert gut besuchte Lesungen und Filmvorführungen. Mit politischen Diskussionen füllt man den Ratssaal. Was als Initiative einzelner begann, hat nach und nach viele Bürger mobilisiert. In Ratzeburg wirkt demokratische Kultur ansteckend. Wo sich Demokraten breit machen, bleibt wenig Raum für deren Feinde.

Ort der offenen Tür



Bürgermeister Hans-Jürgen Wessels

In Altenbeken leben viele Flüchtlinge in von der Gemeinde angemieteten Wohnungen. Bürgermeister Hans Jürgen Wessels sieht in der dezentralen Unterbringung gute Chancen für die schnelle Integration der neuen Bürger. – von Kristin Oeing

Aus der Vogelperspektive gleicht Altenbeken einem Modelleisenbahn-Städtchen. Ein steinernes Viadukt schmückt den Ort an der Westseite, es gibt viele Ein- und Zweifamilienhäuser, historische Bahnhofsanlagen und eine über siebzig Jahre alte Güterzug-Dampflokomotive im Ortskern. Es gab Zeiten, da haben bis zu tausend Menschen für die Bahn gearbeitet, noch heute beziehen viele Einwohner von ihr die Pension. „Die Eisenbahn gehört bei uns einfach dazu“, sagt Bürgermeister Hans Jürgen Wessels und lacht. Die Liebe zu ihr eint die Menschen, vor allem die älteren Jahrgänge. Etwa 9.200 Menschen wohnen in der Gemeinde, momentan werden es täglich

mehr. Auch am großen Inselbahnhof sieht man sie, Menschen aus fernen Ländern, die in dem nordrhein-westfälischen Eisenbahnerort ihre neue Heimat suchen. Innerhalb eines Jahres hat sich die Zahl der Flüchtlinge von vierzig auf knapp 200 erhöht. Noch sind ihre Gesichter fremd und fallen auf. „Aber sie sind jetzt Bürger von Altenbeken“, sagt Wessels, „neue Nachbarn.“ Doch eine gute Nachbarschaft wächst nicht über Nacht. Die Angst vor dem Anderen, dem Fremden, blüht schnell in Zeiten

der Veränderung, bei manchen dauert es, bis das Vertrauen die Furcht ersetzt. „Als das anfang mit den Asylbewerbern, gab es mehr Ängste als jetzt, wo so viele kommen“, sagt Hans Jürgen Wessels, 59. Früher war der freundliche Mann mit dem grauen Borstenhaarschnitt, dem dunklen Anzug und der violetten Krawatte, Polizeibeamter, seit 1999 ist er der Bürgermeister der Gemeinde. „Es ist doch so“, sagt er und faltet die Hände, „desto weniger Asylbewerber die Bewohner kennen, je mehr fürchten sie sich.“ Daher will Wessels die Menschen zusammenführen und schnellstmöglich in die Gemeinde integrieren, „nur so können Ängste abgebaut werden.“

Wir müssen permanent improvisieren



„Ort der offenen Tür“

Auf beiden Seiten, betont er, schließlich sei auch für die Flüchtlinge alles fremd. Über 30 Wohnungen hat die Gemeinde bereits angemietet. Möbel, Geschirr, Bettzeug und Fernseher werden vielerorts von den Nachbarn gespendet, die Hilfsbereitschaft ist groß, die neuen Zuhause schnell eingerichtet. Die Adressen der Wohnungen werden nicht veröffentlicht, „wir wollen keine Hakenkreuze an den Wänden haben. Idioten gibt es überall.“ Noch sei es ruhig im Ort, auch wenn immer mal wieder Gerüchte die Runde machen.

Etwas letzters, als eine Wohnung im Gerätehaus der Feuerwehr neu vermietet werden sollte. „Wer dort wohnt, hat Zugang zu allen Geräten“, sagt Wessels. Als die Wohnung an eine Flüchtlingsfamilie

übergeben werden sollte, brodelte plötzlich die Gerüchteküche. „Es hieß, einige Feuerwehrleute würden das Handtuch schmeißen, wenn die Familie dort einzieht.“ Wessels betont, wie wichtig die Feuerwehr für den Ort sei, dennoch müsse man derzeit „permanent improvisieren“ und schnelle Entscheidungen treffen. Kurzerhand gab die Gemeinde der Familie die Wohnung. „Und was soll ich sagen, das Verhältnis zwischen den Feuerwehrleuten und der Familie ist top“, freut sich Wessels, es habe keinerlei Probleme gegeben, im Gegenteil, die Feuerwehrleute hätten die neuen Nachbarn schnell in ihren Kreis aufgenommen. „Vor allem als sie erfuhren, dass der Mann Christ ist“, erzählt der Bürgermeister und schüttelt lächelnd den Kopf, „aber nicht,

weil sie etwas gegen Muslime hätten, sondern weil das beim gemeinsamen Grillen keine Probleme bei der Fleischwahl gibt.“ Ausgetreten, sei übrigens keiner.

Wessels kann viele solcher Geschichten erzählen. Von Gerüchten, die sich als heiße Luft erwiesen, und Menschen, deren Vorurteile vom Alltag widerlegt wurden. „Der Wille zur Integration ist unter den Bürgern so groß wie nie zuvor in meiner Biographie“, sagt Wessels. Auch im politischen Raum gebe es über die Parteien hinweg einen breiten Schulterschluss. Doch vor der Tür der Gemeinde warten große Aufgaben. „Wir versuchen die Lage zu bewältigen, niemand soll unter der Brücke schlafen“, sagt Wessels. Die Kommunen seien klamm, trotzdem müsse die Gemeinde im nächsten



Sprachkurs der Flüchtlingsinitiative Altenbeken

Für Gesamtdeutschland können die Flüchtlinge das Passstück sein, das fehlt, um das Bevölkerungsminus auszugleichen, glaubt der Bürgermeister. „Ich sehe darin eine Riesenchance für die Republik.“

Jahr das Personal aufstocken, Immobilien kaufen und anmieten, Wohnraum schaffen. Für Gesamtdeutschland können die Flüchtlinge das Passstück sein, das fehlt, um das Bevölkerungsminus auszugleichen, glaubt der Bürgermeister. „Ich sehe darin eine Riesenchance für die Republik.“

Nicht weit vom Rathaus entfernt leben Anton Thebille und seine Frau. Wer aus dem Fenster ihrer Einliegerwohnung blickt,

kann das mächtige Viadukt sehen, und die Züge, die an Altenbeken vorbeirauschen. „Wenn man im Fernsehen das Leid der Menschen sieht, dann muss man doch helfen“, sagt Anton Thebille, 74, „dazu bin ich verpflichtet.“ Seit zweieinhalb Monaten lebt eine Familie aus Bangladesch mit ihnen unter einem Dach. Vater, Mutter und der siebenjährige Sohn, der gerne am Fenster steht und den vorbeifahrenden Zügen hinterherguckt. Sie unterhalten sich auf Englisch und, wenn die Sprache nicht reicht, mit Händen und Füßen.

Anton Thebille, ein Mann mit einer kräftigen Stimme, ist niemand, der schweigt, wenn ihn etwas stört. „Am Anfang ist die Frau immer fünf Meter hinter ihrem Mann gegangen und hat die schweren Taschen getragen“, sagt Thebille, „das gefiel mir nicht, also habe ich ihm erklärt, dass in Deutschland alle Menschen gleichberechtigt sind und Paare sich auf Augenhöhe begegnen.“ Der Mann lächelt, „letztens habe ich sie zum ersten Mal auf der Straße Arm in Arm laufen sehen.“ Im Ort finden viele toll, was er macht, „können es sich aber nicht in den eigenen vier Wänden vorstellen.“ Hin und wieder müsse er sich auch mal einen Spruch anhören, sagt Anton Thebille und zuckt mit den Schultern. Letztens sagte jemand zu ihm, „du bekommst doch jetzt die Miete von der Gemeinde gezahlt – unsere Steuergelder also – da kannst du uns ja mal einen für ausgeben.“ Thebille schüttelt den Kopf, „so ne Sülze.“

„Das Thema ist präsent, viele diskutieren darüber, nicht alle sind einer Meinung“, sagt Bürgermeister Wessels. Aber Beschimpfungen, Anfeindungen oder gar Bedrohungen, wie sie Bürgermeister anderorts aushalten müssen, sind ihm fremd. Trotzdem ist er Druck auf den kleinen Ort am Fuße des Eggegebirges groß. Die Gemeinde steht im engen Kontakt zu einem Netzwerk aus Ehrenamtlichen, in dem sich 130 Altenbekener engagieren. „Das Ehrenamt entlastet die Gemeinde“, sagt Wessels,

„aber man kann nicht davon ausgehen, dass es das über Jahre macht.“

Etwa zwölf Flüchtlinge werden der Gemeinde jede Woche zugewiesen. „In der Geschwindigkeit können wir kaum noch Wohnungen anmieten.“ Zumal der Mietwohnungsmarkt begrenzt sei. Deshalb muss nun eine Übergangslösung her. Das Eventcenter „Kuhrausch“, in dem bis vor kurzem noch junge Menschen bis frühmorgens feierten, bot der Gemeinde seine Räume an. Auf seinem Computer zeigt Wessels einen Plan der Unterkunft und ein Foto aus der Lokalzeitung, auf dem weiße Trennwände und Stockbetten zu sehen sind. Neben dem Schlafbereich gebe es auch einen großzügigen Wohnraum, wo die Menschen essen und in einer Sofaecke zusammensitzen können. „Wir setzen alles daran, um es den Menschen so gemütlich wie möglich zu machen.“ Aber am Ende sei es eben doch eine Notlösung. Daher appelliert der Rathauschef in dem Artikel an seine Mitbürger. Wer freien Wohnraum habe, solle sich doch bitte melden.

Derweil wachsen die neuen Nachbarschaften im Ort zusammen, Freundschaften entstehen. „Unser größtes Alltagsproblem mit den Flüchtlingen ist momentan noch die Mülltrennung. Viele befüllen die Wertstofftonnen nicht, deswegen sind die Resttonnen zu schnell voll.“ Im Angesicht der Not der Flüchtlingsfamilien und der beengten Verhältnissen in vielen Unterkünften in Deutschland klingt das nach einer Lapalie. „Aber es ist wichtig, dass wir uns darum kümmern, damit der Unmut nicht wächst.“ In Altenbeken gibt es nun eine Willkommensbroschüre, die gerade ins Arabische übersetzt wurde. Wir trennen unsere Abfälle steht darin, danach wird das System der einzelnen Tonnen erklärt. Wenn du unsicher bist, frag doch einfach deine Nachbarn, die helfen sicher gern.



Ein kräftezerrender



Bürgermeister Hartmut König

Zwei Gehminuten vom Bahnhof entfernt teilt sich Boostedt in zwei Welten. Wer am Kreisverkehr rechts abbiegt, gelangt schon bald in ruhig gelegene Einfamilienhaus-Siedlungen. Blumenbeete und gestutzte Hecken, Sandkisten und Schaukeln im Garten. Wer nach links abbiegt, sieht einen Supermarkt und eine schmale Straße, die in ein kleines Waldstück führt. Nach wenigen Metern ist ein Zaun zu sehen, kurze Zeit später eine Schranke, ein kleines Wachhäuschen. Das ehemalige Kasernengelände in Boostedt liegt außerhalb des Dorfzentrums. „Das ist so weit draußen, das gilt schon fast als eigener Stadtteil“, sagt Bürgermeister Hartmut König und zeigt auf ein weitläufiges Gelände. Mehrere rote Backsteingebäude sind zu sehen, Menschen mit Plastiktüten in den Händen, ein junges Paar, das einen Kinderwagen schiebt, drei junge Männer, die zusammenstehen und rauchen. „Hier wohnen zur Zeit 1865 Flüchtlinge“, sagt König. Sie sind jetzt Bürger Boostedts. Doch nicht jedem sind sie Willkommen.

Dabei konnte sich das Dorf, im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden, die nur ein oder zwei Tage hatten, lange auf die Ankunft der Flüchtlinge vorbereiten. Die Auflösung der Kaserne in Boostedt war längst beschlossene Sache. Bereits im April 2014 zog die Bundeswehr die Hälfte der Soldaten ab, ein Jahr später sollte auch der Rest gehen. „Im August 2014 kam dann aus Kiel die Nachricht, dass Unterkünfte benötigt werden. Die Erstaufnahme in Neumünster war überlastet. Das Kasernengelände war wie gemacht dafür.“ Noch bevor der erste Flüchtling ankam, lief in Boostedt die Hilfsmaschinerie an. Ehrenamtliche organisierten sich, „sie scharften schon mit den Füßen und wollten endlich loslegen.“ So eine Welle der Hilfsbereitschaft habe er noch nicht erlebt, sagt Hartmut König,

Statt der von der Politik versprochenen Höchstgrenze von 500 Flüchtlingen, leben im schleswig-holsteinischen Boostedt inzwischen knapp vier Mal so viele. Das sorgt für Unmut im 4.700 Seelendorf. Bürgermeister Hartmut König sucht das Gespräch mit den Kritikern. – von Kristin Oeing

Spagat

schnell galt Boostedt in der Region als Vorzeigedorf. Maximal 500 Flüchtlinge sollten kommen, mehr nicht, sagte das Land. Versprach es sogar. Ein folgenschwerer Fehler. Denn im Frühjahr 2015 strömte eine zweite Flüchtlingswelle nach Deutschland. Die Landesregierung suchte händeringend nach Gebäuden, die sich als Unterkunft eigneten. Der Blick richtete sich gen Boostedt. „Innerhalb einer Woche zogen die restlichen Soldaten aus“, erinnert sich König. Sie machten Platz für noch mehr Flüchtlinge. Eilig lud der Bürgermeister die Dorfbewohner in die Turnhalle ein. „Unfassbar, was da los war“, sagt König, noch heute hängen ihm die Ereignisse spürbar nach. „Ich hatte den Raum für bis zu 800 Menschen herrichten lassen“, doch der Platz reichte nicht. Irgendwann mussten Menschen an der Tür abgewiesen werden, es waren einfach zu viele. Auch eine Demonstration hatte sich angemeldet, Menschen hielten gelbe Plakate hoch. Wie viele Flüchtlinge verkraftet Boostedt? stand auf ihnen.

„Eine Wutbürger-Initiative“, sagt König, „die haben dann auch gleich die AFD angelockt, die wiederum linke Autonome aus Kiel und die wiederum Rechte, die sogar aus Dänemark anreisten.“ Statt der geplanten zwölf Polizisten, rückte plötzlich eine Hundertschaft in Boostedt ein. Auch im Inneren der Turnhalle war die Stimmung aufgeheizt. Als die Staatssekretärin des Innenministeriums eine Frage nach der Höchstgrenze der Flüchtlingszahl mit dem Satz „das Boot ist noch lange nicht voll“ beantwortete, spielten sich tumultartige Szenen ab. Etwa 150 Menschen verließen wutentbrannt und „stinkenfingerzeigend“ die Turnhalle. „Für mich war der Abend sehr beklemmend“, sagt König, der im Zentrum der Anfeindungen stand, „ich komme ja nicht aus dem Metier und

hatte nicht mit dem Ausmaß der Ausschreitungen gerechnet.“ Schnell nannte ihn die Presse den Buhmann von Boostedt.

Wie schwer seine Amtszeit werden würde, ahnte er bei seiner Wahl im Juni 2013 nicht. Hartmut König, 57, ist gebür-

„Natürlich war es fahrlässig von der Politik ein Versprechen zu geben und es zu brechen“, sagt König, „aber an der Situation selbst ändert das nichts. Die Menschen sind jetzt hier und brauchen unsere Hilfe.“ Trotzdem sucht er den Dialog, auch mit den

„Noch bevor der erste Flüchtling ankam, lief in Boostedt die Hilfsmaschinerie an. So eine Welle der Hilfsbereitschaft habe er noch nicht erlebt, sagt Hartmut König.“

tiger Boostedter. Für seinen Job pendelt er regelmäßig nach Hamburg, arbeitet dort dreißig Stunden die Woche als Goldschmiedemeister, nebenbei hat er ein eigenes kleines Gewerbe. Momentan kommen noch weitere dreißig Stunden als ehrenamtlicher Bürgermeister hinzu. Der Druck auf ihn ist hoch. Droh- und Hass-E-mails gehören ebenso wie die Hetze im Netz schon zum traurigen Alltag. Beim Einkauf beschimpfte ihn eine junge Frau letztes als „Arschloch“. Der verbale Angriff machte ihn sprachlos. Schließlich kennt man sich im Ort. „Gerade bei vielen jungen Menschen hätte ich das nicht erwartet. Die reisen doch gerne in exotische Länder und erkunden die Welt!“ Doch jetzt wo die Welt zu ihnen kommt, kennt die Offenheit schnell Grenzen. Eine Zerreißprobe für die Dorfgemeinschaft.

Wutbürgern. Durch Gespräche habe sich die Lage beruhigt. Bei jeder Gelegenheit – egal ob Geburtstag oder Goldenen Hochzeiten – spricht er mit den Menschen über das Flüchtlingsthema, hört sich ihre Sorgen an. Da geht es dann um Müll auf den Straßen, über Wildpinkler in Vorgärten und „vollgepöscherte Gartenzwerge“. König handelt.





*„Es kann auch hier
aus den Fugen geraten.“*

Auf dem Weg vom Kasernengelände zum Supermarkt reihen sich neustens knallorangene Mülleimer aneinander, er hat zwei Dixiklos aufstellen lassen und Bänke, auf denen die Menschen unbekümmert sitzen können. „Nun gab es die erste Anfrage zur Füllmenge der Dixiklos“, sagt König und schmunzelt, „man will wissen, ob sie auch brav benutzt werden. Eine echte Stilblüte.“

So gut er kann, versucht König die Fragen zu beantworten. Keiner soll sich ausgeschlossen fühlen. „Ich versuche den Spagat zwischen allen zu schaffen“, sagt König, „einige sagen schon, ich soll nicht jeden auf den Schoß nehmen.“ Der Bürgermeister würde sich mehr Unterstützung von der Politik wünschen, auch Präsenz vor Ort, „da werde ich sauer, wenn die im

Fernsehen sitzen, aber keine Zeit haben, zu uns zu kommen. Am Ende müssen wir uns den Satz heiße Ohren abholen.“ Und auch die Kollegen aus anderen Dörfern, Gemeinden und Städten seien gefragt, „wenn alle sich wegducken, bleibt am Ende nur Boosstedt über.“ Finanziell werde sein Dorf von den Flüchtlingen profitieren. Der Einzelhandel tut es bereits, durch Finanzausgleichmittel die pro Bewohner des Dorfes gezahlt werden, werden weitere Einnahmen hinzukommen. 2.000 Flüchtlinge sollen es werden, zusätzlich ist ein Puffer für 500 Menschen eingeplant. „Bevor sie im Winter im Zelt schlafen müssen, machen wir Platz“, sagt König, „da werde ich wieder vorweg marschieren.“ Die Last auf seinen



Am Rande der Gegenkundgebung zu einer Veranstaltung angereicherter Demonstranten aus der rechten Szene

Schultern ist groß und König ist niemand, der es sich leicht macht. „Aber auch ich bin manchmal frustriert“, sagt er und überlegt einen Moment, „vielleicht sogar etwas amts müde.“ Die Grenze der Belastbarkeit scheint täglich näher zu rücken.

Doch er hat auch viele Unterstützer im Dorf, Menschen, die ihn in seiner Arbeit bestärken. So wie Hartmut David, 56, Diakon und Leiter der Kindertagesstätte. „Hartmut König muss eine Menge aushalten“, sagt er. Bei der Bürgerversammlung im Oktober war der Diakon dabei, „was da gesagt wurde, ging unter die Gürtellinie.“ Auch die Helfer brauchen ein dickes Fell, sagt er, immer wieder kommt es im Alltag zu Diskussionen. „Es gibt sogar Menschen,

die möchten gerne helfen, aber trauen sich nicht. Andere machen die Anfeindungen Angst und sie ziehen sich zurück.“

Doch der Unmut einiger Boostedter soll die große Hilfsbereitschaft vieler Dorfbewohner nicht überschatten, da sind sich der Diakon und der Bürgermeister einig. „Am Ende geht es schließlich nicht um Zahlen, sondern um Menschen“, sagt der Diakon, „Menschen, die unsere Hilfe brauchen.“ Und die bekämen sie in Boostedt. Was das Engagement der Bürger angehe, sei das Dorf nach wie vor ein Vorzeigeprojekt. Doch der Gegenwind wird stärker. Die NPD versucht die aufgeheizte Stimmung auszunutzen. Auf Flyern schüren sie die Ängste vor Flüchtlingen. „Es kann auch hier aus

den Fugen geraten“, sagt König. „Manchmal frage ich mich, ob hier auch so etwas passieren kann wie in Tröglitz.“ Ob er dabei an eine brennende Flüchtlingsunterkunft denkt oder einen Bürgermeister, der wegen rechtsextremer Anfeindungen zurücktritt, lässt er offen.

Endlich brennt Licht

Das Dorf Schwichtenberg in Mecklenburg-Vorpommern hat 360 Einwohner.

Seit November wohnen 45 Flüchtlinge Tür an Tür mit ihren deutschen Nachbarn.

Für Bürgermeister Dietrich Daedelow ist der Flüchtlingszustrom ein Segen. – von Kristin Oeing

Ein junger Mann steht an der Straßenkreuzung, in Jogginghose, dünnem Pulli und Badelatschen. Er ist zu kalt angezogen für die Jahreszeit, die Sonne scheint zwar, doch das Thermometer klettert nur mühsam in den zweistelligen Bereich. Hinter dem Mann erheben sich zwei graue Plattenbauten. Schmutz rinnt an den Mauern hinab. Die vierstöckigen Gebäude wirken verloren in der Weite der Felder und Wiesen, die sie umgeben. Eigentlich sollte schon bald der Abrissbagger anrücken und den grauen Klotz dem Erdboden gleich machen, doch nun herrscht wieder Leben in der Platte. Im November sind in vierzehn Wohnungen Flüchtlinge eingezogen. Auch der Mann, der an der Straße steht, wohnt jetzt hier. Er hebt die Hand und winkt. Der Gruß gilt dem Bürgermeister.

Dietrich Daedelow, 64, schwarze Jeans, grauer Vollbart und Pferdeschwanz, war früher Grundschullehrer, heute ist er ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Galenbeck, zu der auch das Dorf Schwichtenberg gehört. „Die Hälfte der Menschen, die hier in der Region leben, waren einst selbst Flüchtlinge oder sind deren Nachfahren.“ Von Kriegsende bis 1947 hatte sich die Bevölkerungszahl verdoppelt. Doch seit der Wende blutet die Region aus. „Vor dem Mauerfall kannten wir Arbeitslosigkeit ja nicht, danach lag die Quote bei fünfzig Prozent.“ Viele Menschen im arbeitsfähigen Alter zogen weg, meist in die großen Städte. Von 1700 Einwohnern kurz nach der Jahrtausendwende sind der Gemeinde nur 1170 geblieben. „In der gesamten Region Seenplatte fehlt eine ganze Generation. Sie ist verschwunden, auch meine beiden

Töchter sind weggezogen.“

Der Flüchtlingszustrom sei für Mecklenburg-Vorpommern nicht nur deswegen ein Segen. „Die Gemeinde ist verschuldet“, sagt Daedelow, viele kommunale Wohnungen stehen seit Jahren leer, der Abriss des Plattenbaus in Schwichtenberg war längst geplant. Trotzdem kam der Bürgermeister vor einigen Wochen dem Aufruf des Landkreises nach und meldete den freien Wohnraum im Ort. „Kurze Zeit später flatterte ein Bescheid auf meinen Tisch, in zwei Tagen sollten die ersten Flüchtlinge kommen.“ In Windeseile setzten Handwerker die Wohnungen in Stand. Dietrich Daedelow lud das Dorf ins Pfarrhaus ein, „fast alle kamen.“ Die Ängste, die die Bewohner auf den Tisch brachten, nennt der Bürgermeister „Bildzeitungsrhetorik“. Sie faselten von Vergewaltigungen, Diebstählen, Schafen, die auf Balkonen geschlachtet werden. „Ich habe die Menschen dann ans Grundgesetz erinnert. Es ist unsere Pflicht, die Flüchtlinge, die uns zugewiesen werden, aufzunehmen.“ Und er erinnerte die Bürger an Wendezeiten, fragte sie, „wer von euch hat denn nicht gleich rüber gemacht, um die 100 Euro zu kassieren?“ Betreten des Schweigen sei die Antwort gewesen. Geld ist ein heikles Thema im Dorf, viele befürchten, dass die Flüchtlinge die leeren Kassen noch weiter strapazieren. „Aber das ist Quatsch. Im Gegenteil, unsere Gemeindekasse profitiert davon.“ Kommunale Wohnungen, die nicht vermietet werden, kosten die Gemeinde 2.500 Euro im Jahr. Nun gebe es wieder Mieteinnahmen, bezahlt vom Landkreis, „die kommen der gesamten Gemeinde zugute.“

„Endlich brennt Licht“

Neben den Kritikern habe es aber auch viele Schwichtenberger, die helfen wollten, sagt der Bürgermeister. Als er darum bat, sich am Morgen nach der Ankunft der Flüchtlinge vor dem Plattenbau für eine Einkaufsfahrt einzufinden, hätten am Ende mehr Autos als benötigt auf dem Parkplatz gestanden. Doch so einfach ist es nicht immer. Alle Beteiligten bräuchten Zeit, sich an die neue Situation zu gewöhnen. „Man muss fördern, Gutes tun, aber auch fordern und Rückschläge einstecken.“ Eine gute Nachbarschaft entstehe nicht über Nacht. Und auch Hilfe will gelernt sein. „Es bringt beispielsweise nichts, wenn wir alle Spenden sofort verteilen. Morgen sind die Familien vielleicht schon wieder weg und für die Nachrückenden haben wir dann

nichts mehr.“ Langfristiges Engagement sei gefragt.

Noch hängen in dem Plattenbau vor vielen Fenstern Betttücher und Tischdecken, doch schon bald werden Gardinen die Bewohner vor neugierigen Blicken schützen. Die Gardinenstangen liegen schon im Keller, „nachher bohren wir sie an“, sagt Günter Lettnin, 66. Der Schwichtenberger wohnt in der Platte nebenan. „Am Anfang gab es schon bedenken. Was passiert, wenn die kommen“, sagt er, „und hier brandstiften.“ Er spricht nicht von den Flüchtlingen, sondern vor Rechten, die die Flüchtlinge anlocken könnten. „Nein, für die Flüchtlinge ist es doch eine Überlebensfrage, da müssen wir helfen.“ Ruhig seien die neuen Nachbarn, freundlich, offen. Der Rentner

arbeitet seit drei Wochen als ehrenamtlicher Helfer für die Flüchtlinge, sortiert und verteilt Spenden, hilft bei handwerklichen Arbeiten im Haus.

Im Keller haben sie ein Spendenlager eingerichtet. Vom obersten Regalbrett zieht der hochgewachsene Mann mit dem freundlichen Lächeln einen Pappkarton. Autos, Playmobilfiguren, Plastikspielzeug liegen darin, „für die Kinder“, sagt er, „die kennen mich schon und kommen immer gleich angerannt.“ Unter den 45 Flüchtlingen sind auch elf Kinder, fast alle kommen aus Syrien.



Bürgermeister Dietrich Daedelow

Doch nicht jeder freut sich über die neuen Nachbarn. Im Gegenteil, einige Familien seien ausgezogen, „die hatten das aber schon länger angekündigt“, sagt Daedelow. Nur ein Bewohner habe seinen Hass offen ausgesprochen, sagte, „mit Kanaken wohne er nicht zusammen.“ Nun wohnt er einen Bau weiter. Nazis sind in der Region seit langem ein Problem, die NPD sitzt im Landtag, der Bürgermeister erinnert sich an einen Fackelzug des rechten Mobs durchs benachbarte Friedland. „Sie versuchen, die Ängste der Menschen auszunutzen. Daher halten wir die Augen jetzt besonders offen.“ Nicht ohne Hintergedanken hat Daedelow ein ehemaliges FDJ-Gelände, das den Nazis im Dritten Reich als Reicharbeitslager diente, an vier junge Menschen aus Berlin verkauft, die das Gelände für Jugendtreffen und Kul-

„Die Ruhe gibt den Kriegsflüchtlingen Kraft. Der Bürgermeister hofft, sie hält an.“

turevents nutzen wollen und aus dem linken Spektrum kommen. „Strohänner der Nazis haben versucht, das Gelände zu kaufen“, sagt Daedelow, doch der Schwichtenberger war wachsam. Drohungen haben ihn nicht eingeschüchert. „Ich wollte einen Kontrapunkt setzen.“ Nun tummeln sich Menschen mit Irokesenhaarschnitt und Dreadlocks auf dem Gelände, die zu Veranstaltungen das gesamte Dorf einladen. „Ich habe die stille Hoffnung, dass ein paar der jungen Familien ganz hierbleiben.“

Ein Dorf, das wächst. Zum ersten Mal seit Jahren steigen in Schwichtenberg die Einwohnerzahlen. Zurück in der Platte klingelt Daedelow an der Tür einer syrischen Familie. Der Vater war in Homs Mathematikprofessor und spricht fließend Deutsch. Auch ein Haus auf dem Land hatten sie, nahe der türkischen Grenze. Die Tochter zeigt ein Video auf ihrem Handy, darauf ist eine weite Landschaft zu sehen, sanfte Berge und blauer Himmel, und ein

von Bomben zerstörtes Gebäude. „Das war unser Haus“, flüstert sie auf Englisch. Die Familie wagte die gefährliche Reise, vor dem türkischen Festland stiegen sie in ein Schlauchboot, doch es ging kaputt. Fünf Stunden mussten sie ausharren, bis sie ein griechisches Rettungsboot fand. Nun leben sie in Schwichtenberg. Die vier Kinder kommen aus ihrem Zimmer, alle geben dem Bürgermeister die Hand. Kaffee und Kekse werden eilig auf den Tisch gestellt. „Uns gefällt es hier ausgezeichnet“, sagt der Vater und wiederholt sich mehrfach, die Begrüßung der Dorfbewohner sei herzlich gewesen, viele hätten ihre Hilfe angeboten, dann kippt er den Kopf, „nur eine Sache fehlt hier, eine Busverbindung. Es gibt nur einen Schulbus, der morgens um sieben Uhr in die nächste Stadt fährt und mittags zurück.“ Momentan helfen die Bewohner Schwichtenbergs. Mehrmals täglich halten sie vor dem grauen Bau und fragen, ob jemand mit zum Einkaufen fahren möchte.

Mit den Flüchtlingen ist das Leben in die Siedlung zurückgekehrt. Während die Sonne hinterm Horizont verschwindet, werden in dem grauen Bau die Lampen angeknipst. „Endlich brennt wieder Licht in den Häusern“, sagt Dietrich Daedelow. Wenn die neuen Nachbarn aus ihren Fenstern blicken, sehen sie die Sonne hinter dem Kirchturm untergehen, sie blicken auf Felder, Gartenlauben und leere Straßen. Auf einem Acker rotten sich Schwäne zusammen. Diese Ruhe gibt den Kriegsflüchtlingen Kraft. Der Bürgermeister hofft, sie hält an.

Demokratiestärkung im ländlichen Raum

Herausforderungen und Unterstützungsbedarfe
kommunaler Verantwortungsträgerinnen und -träger



Abschlussdiskussion der Thementisch-Gastgebenden

Hintergrund

Die nachfolgende Zusammenfassung der Unterstützungsbedarfe an die jeweiligen Ebenen ist Ergebnis der Fachwerkstatt „Ziviles Bürgerengagement im ländlichen Raum“ am 10. Juli 2015 in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz in Berlin. Die 17 teilnehmenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister diskutierten aktuelle Herausforderungen und ihre Unterstützungsbedarfe mit Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus Bund, Ländern und Kommunen sowie der Zivilgesellschaft. Dr. Heiko Geue, Abteilungsleiter für Engagementpolitik im Bundesministerium für

Familie, Senioren, Frauen und Jugend, traf sich bereits am Abend zuvor mit den Teilnehmenden, um sich im persönlichen Gespräch über die Situation in den Kommunen zu informieren. Neben Fragen zum Umgang mit rechtsextremen Anfeindungen und Bedrohungen spielten die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen und der Schaffung einer Willkommenskultur vor Ort eine zentrale Rolle. Einerseits stellen sich für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eine Reihe organisatorischer und logistischer Fragen, andererseits reicht das Spektrum der

Reaktionen in der Bevölkerung von großer Solidarität bis hin zu offener Ablehnung und Gewalt.

Die Problematik bewegt die Kommunalpolitik auf allen Ebenen und in allen Regionen. Sie erfordert die Erschließung völlig neuer, hochkomplexer Aufgabenfelder. Dabei fehlt es häufig an Erfahrungswissen im Umgang mit Flüchtlingen, was zu Unsicherheiten führt. Aber gerade hier sind Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit einer klaren Haltung gefragt, die das Geschehen vor Ort mit Geschick, Empathie und Offenheit gestalten.



Thomas Heppener, Leiter des Referats „Demokratie und Vielfalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

1. Bundesebene

Klare Positionierung & bessere Informationspolitik

Die Bundesregierung muss geschlossen und klar eine Willkommenshaltung gegenüber ankommenden Flüchtlingen und Asylsuchenden signalisieren und alle rechtsextremen Raumgreifungsversuche entschieden zurückweisen. Eine klare Informationspolitik in die Landes- und kommunalen Ebenen hinein ist erforderlich, denn auf den Akteuren vor Ort lastet eine enorme Verantwortung. Sie tragen entscheidend dazu bei, ob und wie ein friedliches, respektvolles und demokratisches Zusammenleben gelingt.

Förderung der Integration

Flüchtlinge werden im ländlichen Raum zunehmend als Chance begriffen – auch, um die drohenden Folgen des demographischen Wandels abzufedern und dem gravierenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Für ein gutes Gelingen der Integration sind verbesserte Rahmenbedingungen nötig, vor allem geeignete Wohnungen und Unterkünfte, die schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, ein zeitnahes Einsetzen von Sprachkursen, kurzfristige Arbeitserlaubnisse, die unbürokratische Anerkennung von Berufsabschlüssen, eine gesicherte ärztliche Grundversorgung sowie ausreichendes und qualifiziertes Personal.

Information & Beratung

Ein zentraler Unterstützungsbedarf der Akteure vor Ort liegt in der Wissensvermittlung. Obwohl bereits vielfältige Beratungsstrukturen und -angebote bestehen, fehlen ein Überblick hierüber sowie der Zugang dazu. Benötigt werden ausdifferenziertere Informationskanäle. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister brauchen das notwendige Grundwissen zum Thema Flucht und Asyl, darüber hinaus werden vor Ort aber vor allem professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benötigt. Bisher wird dieser Bedarf entweder überhaupt nicht oder über ehrenamtliches Engagement abgedeckt, das angesichts der komplexen

Thematik freilich nur einen begrenzten Beitrag leisten kann. Bürokratie und Regelungsdichte sind erheblich, die Verunsicherung gerade in rechtlichen Fragen groß. Daneben sind auch Informationen über rechtsextreme Akteure und Konzepte erforderlich (Dritter Weg, Völkische Siedler, etc.), über ihre Argumentationsstrategien und wie man ihnen begegnet. Gerade Themen, die bei Bürgerinnen und Bürgern für Verunsicherung sorgen, werden von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten genutzt, um ihre menschenverachtende Gesinnung zu transportieren.

Bessere Rahmenbedingungen für Engagement

Willkommensinitiativen leisten einen außerordentlichen Beitrag zur Hilfe und Integration der ankommenden Flüchtlinge. Ihr Einsatz ist unbezahlbar. Sie benötigen aber unterstützende Rahmenbedingungen, klare Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und eine das Engagement fördernde Infrastruktur vor Ort. Dies alles kostet Geld, das aber kaum besser angelegt sein könnte und nur einen Bruchteil möglicher Folgekosten einer verpassten Integration beträgt.

Erfahrungsaustausch

Die Erfahrungen in zivilgesellschaftlichen Willkommenskulturen vor Ort, aber auch zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren aus Ländern und dem Bund sollte intensiviert werden. Dafür sind die bestehenden Netzwerke der Engagementförderung vor Ort, in den Ländern und im Bund zu nutzen. Regelmäßige Tagungen der Landesnetzwerke können Erfahrungsaustausch und best practices fördern.

Finanzen

Für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben ist eine faire Kostenaufteilung erforderlich. Besonders die finanzielle Unterstützung der Kommunen muss flexibler gestaltet und an die realen Bedarfe vor Ort angepasst werden.



Ute Schmidt, Leiterin der Landeskoordination „Demokratie und Toleranz in MV“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern im Gespräch mit Bürgermeistern

2. Landesebene

Engagement

Beim Thema Engagement wurden die meisten Unterstützungsbedarfe geäußert. Insgesamt gilt es, den Rahmen für ehrenamtliche Arbeit zu verbessern: Landesregelungen müssen Ehrenamt stärken. Gefordert sind besonders

- Infrastrukturprogramme / dauerhafte Förderung
- professionelle Informations- und Anlaufstellen
- niedrigschwellige Fördermöglichkeiten
- Wertschätzung und Anerkennung von Ehrenamt
- Versicherungsschutz für Ehrenamtliche
- Weiterbildungsangebote für Ehrenamtliche

Hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Ein durchgängig formulierter Bedarf sind hauptamtliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für ehrenamtlich Engagierte, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung. Wichtig ist, das Thema koordiniert in den Verwaltungen zu verankern und die Mitarbeitenden von Behörden im Umgang mit Ehrenamtlichen und Willkommensinitiativen weiterzubilden, um eine funktionierende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Qualifizierung in Kita und Schule

Schulen und Kindergärten sind entscheidende Bereiche für die Integration von geflüchteten Kindern. Es ist erforderlich, das pädagogische Personal auf das Thema vorzubereiten – in Ausbildung und Studium sowie durch berufliche Weiterbildung. Zudem können Kitas und Schulen einen wichtigen Beitrag zur Elternbildung leisten. Vernetzt mit anderen Akteuren kann ihr Engagement bis weit in den Sozialraum hineinreichen.

Information und Vernetzung

Auch auf Länderebene gibt es zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote. Informationen darüber sollten zentral zugänglich sein und gut kommuniziert werden, um bei den Aktiven vor Ort anzukommen. Eine starke Vernetzung fördert den Austausch unterschiedlicher Gruppen und unterstützt das Lernen voneinander. Auch beim Zusammenführen unterschiedlicher Ebenen haben die Länder eine wichtige Rolle. Engagement braucht starke Unterstützung – eine gute Vernetzung im Land ist dabei unerlässlich.

Finanzen

Eine zentrale Herausforderung für Kommunalpolitik ist die häufig klamme Haushaltslage in vielen Gemeinden. Einige stehen bereits seit Jahren unter Haushaltsaufsicht, so dass freiwillige Aufgaben kaum finanzierbar sind. Die finanziellen Ausgaben, die durch Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge vor Ort entstehen, dürfen nicht zu Lasten der einzelnen Gemeinden gehen.

Nicht zu vergessen: Auch das ehrenamtliche Engagement, das in diesem Bereich unbezahlt Erhebliches stemmt, kommt nicht komplett ohne finanzielle Unterstützung und gute Rahmenbedingungen aus. Deshalb bedarf es einer besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen für die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und nachhaltiger Infrastrukturen in der Engagementförderung.



Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und Gastgeber des Thementisches „Kommune“

3. Kommunale Ebene

Unterbringung

Die Unterbringung von Flüchtlingen stellt eine der größten Herausforderung vor Ort dar. Vielerorts fehlt es an geeignetem Wohnraum, überfüllte Sammelunterkünfte dürfen nicht zum Dauerzustand werden. Um hier zeitnah investieren zu können, müssen bürokratische und rechtliche Anforderungen deutlich verringert werden.

Alltagsrassismus und rechtsextreme Einflussnahme

Die Etablierung einer lebendigen Willkommenskultur vor Ort ist nur mit Hilfe der lokalen Bevölkerung möglich. Deshalb stellt die innere Haltung der Bevölkerung eine große Herausforderung dar. Bei aller Solidarität, die aufgebracht wird, werden vielerorts auch latenter Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit sichtbar. Dem müssen kommunale Verantwortungstragende klar und entschieden entgegenreten.

Grenzen der Ehrenamtlichkeit

Der Großteil an Unterstützung von Flüchtlingen wird bisher und auch zukünftig ehrenamtlich geleistet. Doch gerade in ländlichen Regionen, wo das Engagementpotential geringer als in urbanen Gebieten ist, bedarf es professioneller Begleitung und Unterstützung (Jugendarbeit, Dolmetschende, psychologische Betreuung, u.a.) und einer Entwicklung von kompetenten Infrastruktureinrichtungen, die regional vernetzen, beraten, informieren, vermitteln oder Fortbildungen initiieren können.

Information & Aufklärung / Öffentlichkeitsarbeit

Wichtig ist die rechtzeitige, transparente und umfängliche Aufklärung der Bevölkerung, bspw. durch Einwohnerversammlungen und begleitende mediale Berichterstattung in den Gemeinden.

Das setzt allerdings voraus, dass auch Lokalpolitikerinnen und Landespolitiker entsprechend informiert werden. Eine unvorbereitete Unterbringungssituation stellt für alle Beteiligten eine enorme Belastung dar. Je mehr Vorlauf eine Gemeinde hat, um die neue Situation vorzubereiten, umso reibungsloser geht diese vonstatten. Die Bedenken und Sorgen der Bevölkerung müssen dabei ernst genommen und aufgegriffen werden.

Auch in Kindergärten, Schulen, Unternehmen und der Verwaltung ist Aufklärung wichtig. Zusätzliche Informationen über Fluchtursachen und gelungene Beispiele der Integration helfen.

Die Berichterstattung der Medien wird vor Ort häufig ambivalent erlebt. Wichtig ist eine differenzierte Darstellung anstelle populistischer Überschriften. Gerade weil Medien einen so großen Einfluss haben, bedarf es hier besonderer Sorgfalt.

Netzwerkarbeit

Gemeinsam lassen sich die Herausforderungen vor Ort am besten angehen. Der Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes, das möglichst viele lokale Akteure (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Polizei, u.a.) versammelt, bündelt die Kräfte und ermöglicht einen besseren Informationsfluss. Gerade wenn Bedrohungsszenarien entstehen, muss den Betroffenen umgehend Unterstützung und Schutz zuteilwerden!

Gehört werden & finanzielle Ausstattung

Angesichts der Fülle an Aufgaben, fehlenden Ansprechpersonen und unklaren Zuständigkeiten entsteht leicht das Gefühl, mit den Herausforderungen vor Ort allein gelassen zu sein. Deswegen ist es unerlässlich, dass die ehren- und hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit ihren Anliegen Gehör finden.



Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

4. Zivilgesellschaft

Rahmenbedingungen für freiwilliges ziviles Engagement verbessern

Damit sich die derzeitige Welle der Bereitschaft und des neuen Engagements entfalten kann, braucht es ehrlicher Anstrengungen auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Rahmenbedingungen für das Engagement und dessen Unterstützung zu verbessern. Zivilgesellschaftliches Engagement bewegt Enormes. Freiwillig Engagierte verdienen Gehör und Mitsprache – auch wenn Abstimmungsprozesse viel Zeit und Kraft in den Organisationen kosten können. Nur gemeinsam lassen sich die bestehenden Herausforderungen bewältigen.

Haltung zeigen

Kommunen und lokale deutungsmächtige Akteure (bspw. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Unternehmensvertreterinnen und Unternehmensvertreter, ...) sollten mit klarer Haltung zeigen, dass Asylsuchende und Flüchtlinge vor Ort willkommen sind. Eine solche Positionierung entscheidet stark über die Stimmung vor Ort und erleichtert die Arbeit von Willkommensinitiativen erheblich.

Vernetzen

Die lokale Vernetzung aller mit dem Thema befassten Akteure, aus Ämtern und öffentlichen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Flüchtlingsräten und -initiativen, Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen, Wohnungsbaugesellschaften, Kirchen und Gewerkschaften ist Grundlage für die Etablierung einer gelingenden Willkommenskultur.

Die Kümmerer stärken – die das Engagement fördernde Infrastruktur ausbauen

Bereits vor Ort bestehende Infrastrukturen sollten als Schnittstellen besser vernetzt, qualitativ weiter entwickelt, ausgebaut und gestärkt werden. Dort, wo noch keine Strukturen bestehen, gilt es diese aufzubauen. Erforderlich sind für die Akteure in diesen Infrastrukturen auch integrierte Fortbildungskonzepte, in denen die Förderung von Engagement, Partizipation und zivilem Handeln Hand in Hand läuft.

Service-Teil

EXTERNE HILFEN

Im folgenden Abschnitt werden ausgewählte Organisationen, AnsprechpartnerInnen und Kontaktstellen benannt, die in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – z.B. in Form von Beratung – Hilfe leisten können.

LANDES-DEMOKRATIEZENTREN

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert von 2015 bis 2019 das Programm „Demokratie leben!“

Zu Beginn des Programms wurde in jedem der 16 Bundesländer eine Landeskoordinierungsstelle – in einem Landesministerium oder bei einem ausgewählten fachkompetenten Träger – eingerichtet. Diese bündelt seither die Informationen über die Kompetenzen der Fachkräfte in den staatlichen und

nicht-staatlichen Einrichtungen des Landes in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Die Landes-Demokratiezentren unterstützen die Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien zur Förderung von Demokratie und Vielfalt und sorgen für eine Vernetzung der lokalen Aktivitäten, insbesondere der kommunalen Partnerschaften für Demokratie. Darüber hinaus koordinieren sie die Arbeit der Beratungs- und Präventionsangebote

und fungieren als Anlaufstelle für Hilfesuchende.

Auf der Website demokratie-leben.de sind weitere Informationen zum Bundesprogramm, den PartnerInnen oder zu Veranstaltungstipps publiziert.

Im Folgenden werden die Adressen der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Dokumentation eingerichteten Landes-Demokratiezentren dargestellt.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landeskoordinierungsstelle kompetent vor Ort Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus Jugendstiftung Baden-Württemberg

Schloßstr. 23
74372 Sersheim
☎ 07042 - 831 717
✉ demokratiezentrum@jugendstiftung.de
🌐 www.demokratiezentrum-bw.de

BAYERN

Landeskoordinierungsstelle Bayerischer Jugendring KdÖR

Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München
☎ 089 - 514 58 38
✉ lks@bjr.de
🌐 www.lks-bayern.de

BERLIN

Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung

Oranienstraße 106
10969 Berlin
☎ 030 - 902 818 56
✉ stanislawa.paulus@senaif.berlin.de
🌐 www.berlin.de/lb/ads/

BRANDENBURG

„Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam
☎ 0331 - 866 35 60
Angelika Thiel-Vigh
✉ angelika.thiel-vigh@mbjs.brandenburg.de
🌐 www.tolerantes.brandenburg.de

BREMEN

Landeskoordinierungsstelle pro aktiv gegen rechts

Contrescarpe 72
28195 Bremen
☎ 0421 - 361 593 11
Nisrin Rayan
✉ lks@soziales.bremen.de
🌐 www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

HAMBURG

Johann Daniel Lawaetz-Stiftung

Neumühlen 16-20
22763 Hamburg
☎ 040 - 428 633 625
Andrea Dutzek
✉ bnw-hamburg@lawaetz.de
🌐 www.hamburg.de/gegen-rechtsextremismus

HESSEN

**beratungsNetzwerk Hessen
Institut für Erziehungswissenschaft,
Philipps-Universität Marburg**

Wilhelm-Röpke-Straße 6

35032 Marburg

☎ 06421 - 282 45 35

Dr. Reiner Becker

✉ reiner.becker@staff.uni-marburg.de

🌐 www.beratungsnetzwerk-hessen.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

**Landeszentrale für politische
Bildung Landeskordinierungsstelle
Demokratie und Toleranz**

Jägerweg 2

19053 Schwerin

☎ 0385 - 302 09 23

Ute Schmidt

✉ u.schmidt@lpb.mv-regierung.de

🌐 www.mv-demokratie.de

NIEDERSACHSEN

**Niedersächsische
Landeskordinierungsstelle beim
Landespräventionsrat Niedersachsen**

Am Waterlooplatz 5 A

30169 Hannover

☎ 0511 - 120 52 66

Dr. Bettina Doering

✉ bettina.doering@mj.niedersachsen.de

🌐 www.lpr.niedersachsen.de/nano.cms/
praevention-von-rechtsextremismus

NORDRHEIN-WESTFALEN

**Landeskordinierungsstelle
gegen Rechtsextremismus in der
Projektgruppe „Handlungskonzept
gegen Rechtsextremismus und
Rassismus, Landeskordinierungsstelle
gegen Rechtsextremismus“**

Haroldstraße 4

40213 Düsseldorf

☎ 0211 - 837 24 67

Jürgen Schattmann

✉ juergen.schattmann@mfkjks.nrw.de

🌐 www.nrweltoffen.de

RHEINLAND-PFALZ

**Landesamt für Soziales, Jugend
und Versorgung – Abteilung
Landesjugendamt**

Rheinallee 97-101

55118 Mainz

☎ 06131 - 967 185

Felix Eitel

✉ lks-demokratie-leben@lsjv.rlp.de

🌐 www.demokratie-leben-rlp.de

SAARLAND

**Ministerium für Soziales,
Gesundheit, Frauen und Familie**

Franz-Josef-Röder-Straße 23

66119 Saarbrücken

☎ 0681 - 501 72 60

Dirk Hübschen

✉ d.huebschen@soziales.saarland.de

🌐 www.beratungsnetzwerk.saarland.de

SACHSEN

**Landespräventionsrat (LPR)
Geschäftsstelle beim Sächsischen
Staatsministerium des Innern**

Wilhelm-Buck-Straße 2

01097 Dresden

☎ 0351 - 564 30 90

✉ sven.forkert@sms.sachsen.de

🌐 www.lpr.sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

**Ministerium für Arbeit und Soziales
des Landes Sachsen-Anhalt / Bereich:
Integrationsbeauftragte und Prävention
von Rechtsextremismus**

Turmschanzenstraße 25

39114 Magdeburg

☎ 0391 - 567 46 53

Hildegard Rode

✉ hildegard.rode@ms.sachsen-anhalt.de

🌐 www.beratungsnetzwerk-sachsen-anhalt.de

SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Landeskordinierungsstelle
zur Demokratieförderung und
Radikalisierungsprävention**

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

☎ 0431 - 988 31 30

Maria-Luisa Rücker

✉ maria-luisa-ruecker@im.landsh.de

🌐 www.beranet-sh.de

THÜRINGEN

**Thüringer Ministerium für Soziales,
Familie und Gesundheit, Referat 32
Jugendpolitik**

Werner-Seelebinder-Straße 6

99096 Erfurt

☎ 0361 - 379 87 74

Anja Zachow

✉ anja.zachow@tmsfg.thueringen.de

🌐 www.denkbunt-thueringen.de

BERATUNGSSTELLEN FÜR OPFER RECHTSEXTREMER GEWALT

BAYERN

**Landeskoordinierungsstelle Bayern
gegen Rechtsextremismus B.U.D.
c/o Bayerischer Jugendring**
Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München
☎ 0151 – 216 531 87
✉ info@bud-bayern.de
🌐 www.lks-bayern.de/Angebot/
Opferberatung

BADEN-WÜRTTEMBERG

**Leuchtlinie – Beratung für Betroffene
rechter Gewalt in Baden-Württemberg
Türkische Gemeinde Baden-Württemberg
e.V. (TGBW) u. Partner**
Reinsburgstr. 82
70178 Stuttgart
☎ 07 11 - 888 999 33
✉ kontakt@leuchtlinie.de
🌐 www.leuchtlinie.de

BERLIN

**Antidiskriminierungsnetzwerk
Berlin des Türkischen Bund in
Berlin-Brandenburg – ADNB des TBB**
Oranienstraße 53
10969 Berlin
☎ 030 - 61 30 53 28
✉ adnb@tbb-berlin.de
🌐 www.adnb.de

Reach Out Berlin e.V.

Oranienstraße 159
10969 Berlin
☎ 030 - 69 56 83 39
✉ info@reachoutberlin.de
🌐 www.reachoutberlin.de

BRANDENBURG

Opferperspektive e.V.
Die Opferperspektive hat in
jedem Landkreis in Brandenburg
Ansprechpartner/-innen für die
Beratung von Opfern rechtsextremer
Gewalt. Die Geschäftsstelle der
Opferperspektive befindet sich in
Potsdam.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
☎ 0331 - 81 70 000
✉ info@opferperspektive.de
🌐 www.opferperspektive.de

MECKLENBURG-VORPOMMERN

**Landesweite Opferberatung, Beistand
und Information für Betroffene rechter
Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern
LOBBI e.V.**

LOBBI Ost

Tilly-Schanzen-Straße 2
17033 Neubrandenburg
☎ 0160 - 84 42 189
☎ 0395 - 45 50 718
✉ ost@lobbi-mv.de

LOBBI West

Hermannstraße 35
18055 Rostock
☎ 0170 - 52 82 997
☎ 0381 - 20 09 377
✉ west@lobbi-mv.de
🌐 www.lobbi-mv.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

**Back Up – Beratung für Opfer
rechtsextremer und rassistischer Gewalt**
Königswall 36
44137 Dortmund
☎ 0172 - 10 45 432
☎ 0231 - 53 20 09 40
✉ contact@backup-nrw.org
🌐 www.backup-nrw.org

OBR – Opferberatung Rheinland c/o IDA-NRW

Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
☎ 0211 - 15 92 55 64
✉ info@opferberatung-rheinland.de
🌐 www.opferberatung-rheinland.de

RHEINLAND-PFALZ

Opfer- und Täterhilfe e.V.
Erthalstraße 2
55118 Mainz
☎ 06131- 28 77 70
✉ info@outh.de
🌐 www.outh.de

SAARLAND

**Beratungsstelle für Opfer von
Diskriminierung und rechter Gewalt
Ministerium für Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie**
Ursulinenstraße 8–16
66111 Saarbrücken
☎ 01578 - 65 59 912
☎ 0681 - 50 15 030
✉ c.giannoulis@soziales.saarland.de
🌐 www.beratungsnetzwerk.saarland.de

SACHSEN

**Beratungsstelle für Opfer
rechtsextremer Gewalt in Sachsen
Die Opferberatungsstelle der RAA
Sachsen (Regionale Arbeitsstellen für
Bildung, Integration und Demokratie
Sachsen e.V.) ist an drei Orten in
Sachsen tätig:**

Beratungsstelle Chemnitz

Weststraße 49
09112 Chemnitz
☎ 0172 - 97 43 674
☎ 0371 - 48 19 451
✉ opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Dresden

Bautzner Straße 45
01099 Dresden
☎ 0172 - 97 41 268
☎ 0351 - 88 94 174
✉ opferberatung.dresden@raa-sachsen.de

Beratungsstelle Leipzig

Peterssteinweg 3
04107 Leipzig
☎ 0178 - 51 62 937
☎ 0341 - 26 18 647
✉ opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

🌐 www.raa-sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

**Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt**

Anlaufstelle Mitte

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
☎ 0170 - 29 48 352, 0170 - 29 25 361
☎ 0391 - 6207752
✉ opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Süd

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Platanenstraße 9
06114 Halle
☎ 0170 - 29 48 413, 0151 - 53 31 88 24,
0175 - 16 22 712
☎ 0345 - 22 67 100
✉ opferberatung.sued@miteinander-ev.de

Anlaufstelle Nord

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt
Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
☎ 0170 - 29 04 112, 0175 - 66 38 710
☎ 03901 - 30 64 31
✉ opferberatung.nord@miteinander-ev.de
🌐 www.mobile-opferberatung.de

**Beratungsstelle für Opfer
rechter Gewalttaten
c/o Multikulturelles Zentrum
Dessau-Roßlau
Region Anhalt / Bitterfeld / Wittenberg**
Parkstraße 7
06846 Dessau-Roßlau
☎ 0177 - 62 82 860
☎ 0340 - 66 12 395
✉ opferberatung@datel-dessau.de
🌐 www.opferberatung-dessau.de

THÜRINGEN

**ezra – Mobile Beratung für Opfer rechter,
rassistischer und antisemitischer Gewalt**
Drei-Gleichen-Straße 35a
99192 Neudietendorf
☎ 036202 - 77 13 510
✉ info@ezra.de
🌐 www.ezra.de

Thüringer Hilfsdienst für Opfer rechtsextremer Gewalt

Am Stadion 1
07749 Jena
☎ 03641 - 80 13 66
✉ tho@opferhilfsdienst.de

MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die hier aufgeführten Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus beraten Vereine und Initiativen, KommunalpolitikerInnen und Personen aus Verwaltung und Wirtschaft sowie LehrerInnen und SozialarbeiterInnen mit dem Ziel, die demokratische Kultur zu stärken. Die Beratung richtet sich auf Krisenintervention nach rechtsextremen Vorfällen und auf die Entwicklung präventiver Ansätze in Kommunen und Landkreisen.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Je nach Problemlage wird ein mobiles Interventionsteam aus Fachleuten und ExpertInnen zusammengestellt, das mit den Betroffenen vor Ort gemeinsam eine Handlungsstrategie entwickelt.

kompetent vor Ort – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162
74370 Sersheim
☎ 07741 - 68 77 34
✉ beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de
🌐 www.kompetentvorort.de

BAYERN

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Mittel- und Unterfranken

Bildungszentrum St. Paul
Dutzendteichstraße 24
90478 Nürnberg
☎ 0911 - 89 14 181
✉ regionalstelle@kjr-nuernberg.de

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Oberbayern und Schwaben c/o Kreisjugendring Ebersberg Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.)

Bahnhofstraße 12
85560 Ebersberg
☎ 08092 - 21 039
✉ regionalstelle@kjr-ebe.de

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Oberfranken und Oberpfalz c/o Stadtjugendring Weiden Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.)

Frühlingstraße 1
92637 Weiden
☎ 0961 - 93 02 608
✉ regionalstelle@sjr.de

Regionale Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für Niederbayern c/o Kreisjugendring Deggendorf Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.)

Amanstraße 21
94469 Deggendorf
☎ 0991 - 38 31 642
✉ regionalstelle@kjr-deggendorf.de

🌐 www.lks-bayern.de

BERLIN

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Gleimstraße 31
10437 Berlin
☎ 030 - 817 985 810
✉ info@mbr-berlin.de
🌐 www.mbr-berlin.de

Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“ Stiftung Sozialpädagogisches Institut „Walter May“

Mobiles Beratungsteam „Ostkreuz“
Samariterstraße 19-20
10247 Berlin
☎ 030 - 41 72 56 28
✉ ostkreuz@stiftung-spi.de
🌐 www.mbt-ostkreuz.de

BRANDENBURG

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung (demos)

Regionen Barnim und Uckermark: Mobiles Beratungsteam Angermünde

Berliner Straße 77
16278 Angermünde
☎ 03331 - 29 99 80
✉ mbt-angermuende@BIG-demos.de

Regionen Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und Cottbus Mobiles Beratungsteam Cottbus

Friedensplatz 6
03051 Cottbus OT Gallinchen
☎ 0355 - 43 02 441
✉ mbt-cottbus@BIG-demos.de

Regionen Märkisch-Oderland, Landkreis Oder- Spree, Frankfurt (Oder) Mobiles Beratungsteam Frankfurt (Oder)

Postfach 1344, 15203 Frankfurt (Oder)
Hausanschrift: Wieckestraße 1a
15230 Frankfurt (Oder)
☎ 0335 - 50 09 664
✉ mbt-ff@BIG-demos.de

**Regionen Prignitz, Ostprignitz-Ruppin
und Oberhavel**

Mobiles Beratungsteam Neuruppin

Alt Ruppiner Allee 40
16816 Neuruppin
☎ 03391 - 35 91 89
✉ mbt-neuruppin@BIG-demos.de

**Regionen Potsdam-Mittelmark,
Havelland, Brandenburg / Havel und
Potsdam**

Mobiles Beratungsteam Potsdam

Am Kanal 49
14467 Potsdam
☎ 0331 - 50 58 883
✉ mbt-potsdam@BIG-demos.de

**Regionen Teltow-Fläming
und Dahme-Spreewald**

**Mobiles Beratungsteam Trebbin
Regionalbüro Trebbin**

Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
☎ 033731 - 32 909
✉ mbt-trebbin@BIG-demos.de

**Brandenburgisches Institut für
Gemeinwesenberatung (demos)
Geschäftsstelle**

Zum Jagenstein 1
14478 Potsdam
☎ 0331 - 74 06 246
✉ geschaeftsstelle@BIG-demos.de

🌐 www.gemeinwesenberatung-demos.de

BREMEN

**pro aktiv gegen rechts – Mobile
Beratung in Bremen und Bremerhaven**

Contrescarpe 72
28195 Bremen
☎ 0421 - 36159311
✉ pro-aktiv-gegen-rechts@soziales.
bremen.de oder lks@soziales.bremen.de
🌐 www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

HAMBURG

**Mobiles Beratungsteam
gegen Rechtsextremismus
c/o Arbeit und Leben
DGB/VHS Hamburg e.V.**

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg
☎ 04042863 - 36 25
✉ bnw-hamburg@lawaetz.de
🌐 [hamburg.arbeitundleben.de/index.
php?s=1&id=10&stufe=10](http://hamburg.arbeitundleben.de/index.php?s=1&id=10&stufe=10)

HESSEN

**beratungsNetzwerk hessen – Mobile
Intervention gegen Rechtsextremismus
Landeskoordinierungsstelle**

Wilhelm-Röpke-Straße 6
35032 Marburg
☎ 06421 - 28 21 110
✉ kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de
🌐 www.beratungsnetzwerk-hessen.de

**Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus und Rassismus –
für demokratische Kultur in Hessen e.V.**

Richard-Roosen-Straße 11
34132 Kassel
☎ 0561 - 86 16 766
✉ info@mbt-hessen.org
🌐 www.mbt-hessen.org

MECKLENBURG-VORPOMMERN

**Regionalzentrum für demokratische
Kultur Vorpommern-Greifswald
Zuständig für: den Landkreis
Vorpommern-Greifswald**

Steinstraße 10
17389 Anklam
☎ 03971 - 24 4920
✉ vorpommern@raa-mv.de

**Regionalzentrum für demokratische
Kultur Westmecklenburg
Zuständig für: Schwerin, Wismar,
Landkreise Nordwestmecklenburg
und Ludwigslust-Parchim**

Alexandrinenplatz 7
19288 Ludwigslust
☎ 03874 - 57 0220
✉ westmecklenburg@raa-mv.de

**Regionalzentrum für demokratische
Kultur Vorpommern-Rügen
Zuständig für den Landkreis
Vorpommern-Rügen**

Carl-Heydemann-Ring 55
18437 Stralsund
☎ 03831 - 28 25 84
✉ demokratiebildung.mv@akademie.
nordkirche.de

**Regionalzentrum für demokratische
Kultur Landkreis und Hansestadt Rostock
Zuständig für: Landkreis
und Hansestadt Rostock**

Konrad-Zuse-Straße 1a
18184 Roggentin
☎ 0381 - 40 31 762
✉ demokratiebildung.mv@akademie.
nordkirche.de
🌐 [www.akademie-nordkirche.de/
regionalzentren](http://www.akademie-nordkirche.de/regionalzentren)

**Regionalzentrum für demokratische
Kultur Mecklenburgische Seenplatte
Zuständig für den Landkreis
Mecklenburgische Seenplatte**

Friedrich-Engels-Ring 48
17033 Neubrandenburg
☎ 0395 - 56 38 877
✉ info@cjd-rz.de
🌐 www.cjd-rz.de/

NIEDERSACHSEN

**Mobiles Interventionsteam
Landeskoordinierungsstelle
Beratungsnetzwerk
c/o Landespräventionsrat Niedersachsen**

☎ 0176 - 10 19 64 49
☎ 0511 - 12 27 137
✉ nilako@lpr.niedersachsen.de
🌐 www.lpr.niedersachsen.de

NORDRHEIN-WESTFALEN

**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Düsseldorf
Stadt Wuppertal / Wuppertaler Initiative
für Demokratie und Toleranz e.V.**

An der Bergbahn 33
42289 Wuppertal
☎ 0202 - 56 32 759
✉ sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de
✉ marat.trusov@stadt.wuppertal.de
🌐 www.wuppertaler-initiative.de

**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Köln
NS-Dokumentationszentrum
der Stadt Köln**

Appellhofplatz 23–25
50667 Köln
☎ 0221-221-27162
✉ ibs@stadt-koeln.de
🌐 www.mbr-koeln.de

**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Arnsberg
c/o Amt für Jugendarbeit der
Evangelischen Kirche Westfalen**

Iserlohner Straße 25
58239 Schwerte
☎ 0152 - 01 77 32 72, 0176 - 55 52 29 69
☎ 02304 - 75 51 90
✉ netzwerk@afj-ekvw.de
🌐 www.mbr-arnsberg.de

**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Detmold
Arbeit und Leben DGB/VHS
im Kreis Herford**

Kreishausstraße 6a
32051 Herford
☎ 05221 - 27 57 254, 05221 - 27 57 255
✉ info@mobile-beratung-owl.de
🌐 www.aul-herford.de
🌐 www.mobile-beratung-owl.de

**Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus
im Regierungsbezirk Münster
c/o Geschichtsort Villa ten
Hompel der Stadt Münster**

Kaiser-Wilhelm-Ring 28
48145 Münster
☎ 0251 - 49 27 109
✉ kontakt@mobim.info
🌐 www.mobim.info

RHEINLAND-PFALZ

**Das Beratungsnetzwerk gegen
Rechtsextremismus in Rheinland-
Pfalz stellt bedarfsorientiert Mobile
Interventionsteams für die Bekämpfung
von Rechtsextremismus zusammen.
Beratungsnetzwerk gegen
Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz
Landeskoordinierungsstelle im
Landesjugendamt**

Rheinallee 97–101
55118 Mainz
☎ 06131 - 96 71 85
✉ beratungsnetzwerk@lsjv.rlp.de
🌐 www.beratungsnetzwerk-rlp.de

SACHSEN

**Mobile Beratungsteams
des Kulturbüro Sachsen
Mobiles Beratungsteam –
Regionalbüro Nordwest
Zuständig für: Leipzig, Nordsachsen, Stadt
Leipzig, Alt-Landkreis Döbeln**

Wurzner Straße 12
04315 Leipzig
☎ 0341 - 25 66 80 00
✉ mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

**Mobiles Beratungsteam –
Regionalbüro Südwest
Zuständig für: Stadt Chemnitz, Landkreise
Mittelsachsen
(ohne Alt-Landkreis Döbeln), Zwickau,
Erzgebirgskreis, Vogtlandkreis**

Henriettenstraße 5
09112 Chemnitz
☎ 0371 - 27 81 565
✉ mbt.suedwest@kulturbuero-sachsen.de

**Mobiles Beratungsteam –
Regionalbüro Mitte-Ost
Zuständig für: Stadt Dresden,
Landkreise Meißen, Bautzen, Görlitz,
Sächsische Schweiz – Osterzgebirge**

Gartenstraße 13
01796 Pirna
☎ 03501 - 58 22 89
✉ mbt.mitte-ost@kulturbuero-sachsen.de
🌐 www.kulturbuero-sachsen.de

SACHSEN-ANHALT

**Regionale Beratungsteams gegen
Rechtsextremismus und für Demokratie,
Miteinander e.V.**

**Regionales Beratungsteam Nord
Miteinander e.V.**

Chüdenstraße 4
29410 Salzwedel
☎ 03901 - 305 99 61
✉ rbt.rzn@miteinander-ev.de

**Regionales Beratungsteam Süd
Miteinander e.V.**

Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
☎ 0345 – 523 72 14
✉ rbt.rzs@miteinander-ev.de

**Regionales Beratungsteam Mitte
Miteinander e.V.**

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
☎ 0345 – 620 77 59
✉ rbt.gs@miteinander-ev.de

**Mobiles Beratungsteam gegen
Rechtsextremismus in Anhalt
Zuständig für: Dessau-Roßlau sowie die
Landkreise Anhalt-Bitterfeld, Salzland,
Jerichower Land und Wittenberg
Projekt GegenPart**

c/o Alternatives Jugendzentrum e.V.
Schlachthofstraße 25
06844 Dessau-Roßlau
☎ 0340 - 26 60 213
✉ buero@projektgegenpart.org
🌐 www.projektgegenpart.org

SCHLESWIG-HOLSTEIN

**Regionale Beratungsteams gegen
Rechtsextremismus in Schleswig-
Holstein**

**In Schleswig-Holstein arbeiten
insgesamt vier Regionale
Beratungsteams unter dem Dach
der Landeskoordinierungsstelle
des Beratungsnetzwerkes gegen
Rechtsextremismus.**

**Regionales Beratungsteam Flensburg
Zuständig für: Stadt Flensburg, Kreise
Schleswig-Flensburg und Nordfriesland**

☎ 0461 - 48 06 51 60
✉ rbt.flensburg@beranet-sh.de

**Regionales Beratungsteam Itzehoe
Zuständig für: Kreise Steinburg,
Dithmarschen und Pinneberg**

☎ 04821 - 77 96 012
✉ rbt.itzehoe@beranet-sh.de

**Regionales Beratungsteam Kiel
Zuständig für: Stadt Kiel, Stadt
Neumünster, Kreise Rendsburg-
Eckernförde, Segeberg und Plön**

☎ 0431 - 26 06 873, 0431 - 51 14 360
✉ rbt.kiel@beranet-sh.de

**Regionales Beratungsteam Lübeck
Zuständig für: Stadt Lübeck, Kreise
Ostholstein, Stormarn und Herzogtum
Lauenburg**

☎ 0451 - 79 88 418
✉ rbt.luebeck@beranet-sh.de

🌐 www.beranet-sh.de

THÜRINGEN

**Mobile Beratung in Thüringen –
Für Demokratie – gegen
Rechtsextremismus (MOBIT)
Beratungsteam MOBIT**

Schillerstraße 44
99096 Erfurt
☎ 0361 - 21 92 694
✉ mail@mobit.org
🌐 www.mobit.org

MATERIAL- UND LITERATURHINWEISE

Im folgenden finden Sie eine Sammlung von Lektüren, die sich mit der Thematik entsprechend der Willkommensbroschüre befassen. Um zum jeweiligen PDF-Dokument gelangen, klicken Sie einfach auf den Titel der gewünschten Publikation.

ENGAGEMENT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS VOR ORT

Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. / Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) (2015): Gemeinsam Handeln:

Für Demokratie in unserem Gemeinwesen! Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum.

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V./ Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hg.) (2012): Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus

Beratungsnetzwerk Hessen (Hg.) (2015): Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?

Anne Frank Zentrum / Deutsche Kinder- und Jugendstiftung / Institut B3 (Hg.) (voraussichtlich 1. Quartal 2016): Strategien für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Kommunikation über neue Flüchtlingsunterkünfte.

Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit im Landkreis Stendal (Hg.) (voraussichtlich 1. Quartal 2016): Wir machen das! Bürgerdialog zur Flüchtlingssituation. Ein Leitfaden

RECHTSEXTREMISMUS IM LÄNDLICHEN RAUM

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (o.J.): Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum. Basiswissen und Handlungsstrategien. (13.05.2015)

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (o.J.): „Wir sind wieder da“. Die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien. (13.05.2015)

Dirk Wilking (Hg.) (2015): „Reichsbürger“. Ein Handbuch

Henßler, Vera / Overdieck, Ulrich (2014): Vor Ort entscheidet. Kommunale Strategien gegen Rechtsextremismus. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Forum Berlin / Politischer Dialog, Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK). (08.05.2015)

INTERNET UND SOZIALE NETZWERKE

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (o.J.): Geh sterben! Umgang mit Hate Speech und Kommentaren im Internet. (13.05.2015)

Landeskoordinierungsstelle Jugendstiftung Baden-Württemberg (Hg.) (2013): Rechtsextremismus im Internet und in sozialen Netzwerken. (13.05.2015)

RECHTSEXTREME GEWALT

Opferperspektive e.V. (2014): Im Fokus von Neonazis. Rechte Einschüchterungsversuche. Auf der Straße – zu Hause und im Büro – bei Veranstaltungen – im Internet. (08.05.2015)

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. / Evangelische Akademie zu Berlin / Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (Hg.) (2014): Zum Umgang mit Bedrohungen durch rechtsextreme Gewalt. (08.05.2015)

RECHTSEXTREMISMUS

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2014): Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014. Universität Leipzig, Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig (KReDo i.G.). (08.05.2015)

Bundeszentrale für politische Bildung: Dossier Rechtsextremismus. (19.12.2015)

GEFLÜCHTETE MENSCHEN UND WILLKOMMENSKULTUR

Amadeu Antonio Stiftung / PRO ASYL e.V. (Hg.) (o.J.): Die Brandstifter. Rechte Hetze gegen Flüchtlinge. (08.05.2015)

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus / Evangelische Akademie zu Berlin / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.) (2014): Was tun, damit's nicht brennt? Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge. (08.05.2015)

PRO ASYL e.V. / Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2014): Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten. (08.05.2015)

PRO ASYL e.V. / Amadeu Antonio Stiftung (Hg.) (2014): pro menschenrechte. contra vorurteile. Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa. (08.05.2015)

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.) (2013): Keine Bühne für Rassismus – Flüchtlinge willkommen heißen. (19.12.2015)

Deutscher Städte- und Gemeindebund: Gute Beispiele für das Engagement von und für Geflüchtete. (19.12.2015)

Refugeeguide.de (Hg.): Eine Orientierungshilfe für das Leben in Deutschland. (18.12.2015)

Deutsches Institut für Urbanistik:

Online-Wegweiser Flüchtlinge

Mit dieser Sammlung von Online-Quellen möchte das Difu - unterstützt durch den Deutschen Städtetag - die Kommunen bei der Recherche rings um das Thema Flüchtlinge und Asylsuchende unterstützen.

IMMOBILIEN / GEWERBE / ANMIETUNG

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln / Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.)

(o.J.): Keine Räume für Nazis. Was können Vermieter/innen tun? Ratgeber zum Umgang mit Anmietungen durch extreme rechte Gruppen. (08.05.2015)

RECHTSPOPULISMUS

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (Hg.) (2015):

„Wi(e)der sprechen - Über die Auseinandersetzung mit der Alternative für Deutschland und die Notwendigkeit, über Demokratie zu sprechen“

Lars Geiges, Stine Marg, Franz Walter (Hg.) (2015):

Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Redaktion: Andreas Pautzke, Elisabeth Schönrock

V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Klein

Layout: Studio Dreiss | www.dreiss.com

Bildnachweise:

Torsten Stapel:

S. 6, S. 8, S. 21, S. 22, S. 23, S. 24, S. 25

Kristin Oeing: S. 11, S. 14, S. 19

Kurt Blaschke: Altenbeken: S. 12/13

Hans-Heinrich Duggen: S. 16/17

Bundesministerium für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend: S. 4

Berlin, Dezember 2015

Ermöglicht wurde die vorliegende Dokumentation durch eine Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

ÜBER DAS BBE

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von mehr als 260 Mitgliedsorganisationen und Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Gemeinsam verfolgt es das Ziel, Bürgergesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen nachhaltig zu fördern. Zentrales Anliegen der Arbeit ist, eine Kultur der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements mitzuentwickeln und zu gestalten.

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ erhält das BBE eine Strukturförderung zum bundeszentralen Träger im Themenfeld Demokratiestärkung im ländlichen Raum durch das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

www.b-b-e.de

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Aktualisierte Handreichung »Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen«

Praxisnahe Hilfestellungen zum Umgang mit Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie im ländlichen Raum bietet die aktualisierte Handreichung »Gemeinsam handeln: Für Demokratie in unserem Gemeinwesen«. Um das lokale Engagement gegen Rechtsextremismus und für Demokratie zu unterstützen, bietet die Handreichung u.a. aktuelle AnsprechpartnerInnen und eine Sammlung hilfreicher Literatur- und Linkhinweise.

